

Unternehmensbefragung 2026

Finanzierungsklima eingetrübt
– Investitionstätigkeit zurückhaltend



Die bayerische
Wirtschaft



Wirtschaftsverband Stahl- und
Metallverarbeitung e.V.



Inhalt

Zusammenfassung	3
Aktuelle Wirtschaftslage der Unternehmen	7
Entwicklung von Eigenkapitalquoten und Ratingnoten	10
Entwicklung der Finanzierungsbedingungen und Kreditnachfrage	16
Thema Nachhaltigkeit im Rahmen von Kreditgesprächen	25
Entwicklung der Investitionstätigkeit	28
Anhang	37

Zusammenfassung (1)

Die konjunkturelle Schwächephase in Deutschland hält an. Dies belastet zunehmend die Kapitalstruktur der Unternehmen. Zugleich hat sich das Finanzierungsklima im vergangenen Jahr spürbar eingetrübt, während die Kreditnachfrage zurückging – auch infolge verhaltener Investitionstätigkeit. Trotz hoher Investitionsbedarfe gibt es derzeit keine Anzeichen für eine spürbare Belebung. Damit Unternehmen mehr investieren, braucht es vor allem bessere Rahmenbedingungen. Das zeigen die Ergebnisse der Unternehmensbefragung 2026.

Gemeinsam mit 19 Spitzen-, Fach- und Regionalverbänden der Wirtschaft hat die KfW Bankengruppe auch in diesem Jahr eine breit gefächerte Befragung von Unternehmen aller Größenklassen, Wirtschaftszweige, Rechtsformen und Regionen durchgeführt. Die Befragung erfolgte im Zeitraum zwischen Anfang März und Ende April 2026 und bildet die wirtschaftliche Situation und Finanzierungslage im Jahr 2025 und zu Beginn des Jahre 2026 ab.

Die wichtigsten Ergebnisse der Unternehmensbefragung 2026 sind:

- (1) Die wirtschaftliche Lage der Befragungsteilnehmer war schwierig: 46 % der Unternehmen verzeichneten in den vorangegangenen zwölf Monaten Nachfragerückgänge, nur 20 % verzeichneten Zuwächse. Der Abschwung traf den Unternehmenssektor in der gesamten Breite. Auch für die kommenden zwölf Monate zeichnet sich keine Wende ab: 40 % erwarten weitere Einbußen. Die Erwartungen sind dabei stark größenspezifisch geprägt: Großunternehmen blicken optimistischer in die Zukunft als Kleinstunternehmen.
- (2) Die andauernde konjunkturelle Schwächephase setzt die Kapitalstruktur der Unternehmen zunehmend unter Druck. Rund 31 % der befragten Unternehmen meldeten im Frühjahr 2026, dass ihre Eigenkapitalquote innerhalb der zurückliegenden zwölf Monate gesunken sei. Ergebnisse einer multivariaten Analyse zeigen, dass in allen betrachteten Größenklassen die Wahrscheinlichkeit einer Verschlechterung der Eigenkapitalquote deutlich zugenommen hat.

Zusammenfassung (2)

- (3) Auch bei den Ratingnoten deutet sich eine Verschlechterung an. So meldeten zuletzt nur rund 14 % der Unternehmen eine Verbesserung ihrer Ratingnote. Dagegen berichteten 25 % der befragten Unternehmen von einer Verschlechterung. Im Gegensatz zur Vorerhebung ist der Saldo aus Verbesserungs- abzüglich Verschlechterungsmeldungen negativ.
- (4) Das Finanzierungsklima hat sich im Vergleich zur Vorerhebung eingetrübt. Beurteilten im Jahr 2024 noch rund 32 % der Unternehmen den Kreditzugang als leicht, waren es in der aktuellen Befragung lediglich 24 %. Etwa 26 % schätzen die Aufnahme eines Kredits derzeit als schwierig ein. Die befragten Unternehmen führen die wahrgenommene Verschlechterung des Finanzierungsklimas vor allem auf verschärfte Kreditvergabebedingungen zurück.
- (5) In den zwölf Monaten vor Befragungsbeginn haben 45 % der Unternehmen Kreditverhandlungen geführt – ein Rückgang um rund 4 Prozentpunkte im Vergleich zur Vorerhebung im Jahr 2024. Dieser Trend zeigt sich in allen Branchen und Größenklassen. Eine langfristige Betrachtung zeigt, dass die Kreditnachfrage aktuell deutlich unter den Werten von Mitte der 2010er-Jahre liegt.
- (6) Am häufigsten wurden in den vergangenen zwölf Monaten langfristige Kredite nachgefragt. Rund 51 % aller Unternehmen in Kreditverhandlungen führten diese zu Krediten mit Laufzeiten von mindestens 5 Jahren. Etwa 44 % der Unternehmen haben sich in ihren Kreditverhandlungen um mittelfristige Kredite und rund 43 % der Unternehmen um kurzfristige Kredite bemüht.
- (7) Das eingetrübte Finanzierungsklima zeigt sich auch im gestiegenen Anteil gescheiterter Kreditverhandlungen. Besonders große Probleme traten im vergangenen Jahr bei kurzfristigen Krediten auf: Bei fast jeder vierten Verhandlung kam es zu keinem Abschluss (23,4 %), ein deutlicher Anstieg um 5 Prozentpunkte gegenüber der Erhebung im Frühjahr 2022. Auch bei mittelfristigen Krediten scheiterte mehr als jede fünfte Verhandlung. Gespräche über langfristige Kredite scheiterten dagegen etwas weniger häufig (18 %).
- (8) Das Thema Nachhaltigkeit spielte bei Kreditverhandlungen im vergangenen Jahr eine ähnlich große Rolle wie in der Erhebung 2024. Jedes vierte Unternehmen (25 %), welches in den zwölf Monaten vor der Befragung Kreditverhandlungen geführt hat, gab an, dass in den Verhandlungen das Thema Nachhaltigkeit adressiert wurde. In der Erhebung 2024 lag der Anteil mit 27 % in einer ähnlichen Größenordnung; ein spürbarer Anstieg ist seither

Zusammenfassung (3)

nicht zu erkennen. Vergleichsweise häufig spielten Nachhaltigkeitsaspekte bei Kreditverhandlungen von größeren Unternehmen eine Rolle. In dieser Gruppe war dies der Fall bei fast der Hälfte der Unternehmen mit Kreditverhandlungen (47 %) – ein Plus von 17 Prozentpunkten gegenüber 2024.

- (9) Nachhaltigkeit wird in Kreditgesprächen zwar nicht häufiger, aber deutlich konkreter adressiert: Von den Unternehmen, die angaben, in Kreditgesprächen auf Nachhaltigkeit angesprochen worden zu sein, wurden nahezu alle (97 %) nach spezifischen Nachhaltigkeitsinformationen oder -indikatoren gefragt. Am häufigsten wurden klassische Verbrauchsdaten wie Energie- und Stromverbrauch (je rund 60 %) sowie der Anteil erneuerbarer Energien (51 %) abgefragt. Nach einer Nachhaltigkeitsstrategie wurden 46 % aller Unternehmen gefragt. Angaben zu Treibhausgasen, ESG-Ratings und Kreislaufwirtschaft wurden bei etwa einem Drittel verlangt. Seltener spielten Angaben zu sozialen Aspekten (rund 25 %), Schadstoffen (17 %) und Biodiversität (11 %) eine Rolle.

- (10) Trotz des schwierigen konjunkturellen Umfelds haben mit rund 57 % etwas mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen Investitionen im vergangenen Jahr getätigt. Gegenüber der letzten Erhebung dieser Angaben im Jahr 2021 (bezogen auf das Investitionsjahr 2020) entspricht dies jedoch einem Rückgang um 9 Prozentpunkte. Der Investitionsschwerpunkt lag klar im Inland – 93 % der Unternehmen mit Investitionen tätigten diese ausschließlich in Deutschland. Lediglich 2 % investierten ausschließlich im Ausland. Bei großen Unternehmen spielt das Ausland als Investitionsstandort jedoch eine wichtigere Rolle.
- (11) Der Schwerpunkt der Investitionen lag mit 52 % auf Ersatzinvestitionen, also dem Erhalt und der Erneuerung bestehender Anlagen und Infrastruktur. Nachgeordnet folgten wachstumsorientierte Motive: 42 % der Unternehmen investierten in die Digitalisierung und 41 % tätigten Erweiterungsinvestitionen zum Kapazitätsaufbau. Für 38 % war die Senkung von Kosten ein wichtiges Ziel. Investitionen in Klima- und Umweltschutz waren mit 18 % zwar relevant, aber nicht treibende Kraft der Investitionstätigkeit im gesamten Unternehmenssektor.

Zusammenfassung (4)

- (12) Unternehmen, die im vergangenen Jahr nicht investiert haben, nennen vor allem die unsichere gesamtwirtschaftliche Lage als Hauptgrund (47 %). Zudem engten stark gestiegene Kosten, insbesondere für Energie, Material und Löhne (43 %), die Spielräume für Investitionen ein. 37 % sahen im vergangenen Jahr keinen unmittelbaren Investitionsbedarf, während finanzielle Restriktionen ebenfalls stark bremsten: fehlende Eigenmittel (34 %) und ungünstige Finanzierungsbedingungen (28 %). Bürokratische Anforderungen wirkten für 23 % hemmend und ein hoher Verschuldungsgrad stellte für 17 % eine Hürde dar.
- (13) Rund 92 % der Befragten sehen für ihr Unternehmen grundsätzlich Investitionsbedarfe. Die größten zukünftigen Investitionsbedarfe sehen die Unternehmen in der Digitalisierung (53 %). Nahezu ebenso wichtig sind investitionsgetriebene Kostensenkungen (51 %). Auf Platz drei stehen Ersatzinvestitionen (43 %). Deutlich weniger Unternehmen sehen Bedarf für Erweiterungsinvestitionen (32 %), was auf eher moderate Wachstumsaussichten hindeutet. Investitionen in Klima- und Umweltschutz sind nur für 20 % besonders dringlich.
- (14) Trotz hoher Investitionsbedarfe planen nur 61 % der befragten Unternehmen, in den kommenden zwölf Monaten zu investieren. Eine Aufbruchsstimmung ist somit nicht sichtbar. Zwischen den Branchen zeigen sich deutliche Unterschiede: Besonders aktiv sind Groß- und Außenhandel (79 %) sowie Verarbeitendes Gewerbe (69 %). Deutlich zurückhaltender sind Bauwirtschaft, Einzelhandel und Handwerk; Hier wollen jeweils nur etwa die Hälfte investieren, was auf anhaltende Unsicherheit hindeutet. Der Schwerpunkt bleibt im Inland: 91 % planen ausschließlich in Deutschland zu investieren, nur 5 % ausschließlich im Ausland. Im Segment der größeren Unternehmen planen im Vergleich zum letzten Jahr etwas mehr Unternehmen Investitionen im Ausland.
- (15) Um (mehr) Investitionen tätigen zu können, brauchen Unternehmen in erster Linie bessere Rahmenbedingungen, allen voran einen deutlichen Bürokratieabbau (35 %). Wichtig sind nach Aussage der Unternehmen zudem bessere Finanzierungsbedingungen (22 %). Steuerliche Entlastungen (17 %) und eine verlässlichere Auftragslage (16 %) werden ebenfalls als entscheidende Faktoren genannt. Weitere Forderungen umfassen niedrigere und planbare Energiepreise (14 %), mehr (politische) Planungssicherheit (13 %) und leichter zugängliche Förderprogramme (12 %).

Aktuelle Wirtschaftslage und Aussichten

Die deutsche Wirtschaft bewegt sich weiterhin in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte im Gesamtjahr 2025 lediglich um 0,2 % zu.¹ Zu Jahresbeginn 2026 wurde noch eine Erholung der Konjunktur infolge fiskalischer Impulse erwartet: Staatskonsum und öffentliche Investitionen sollten spürbare Beiträge zum BIP-Wachstum leisten. Die Konjunktur ist zunächst auch solide ins Jahr gestartet – im ersten Quartal 2026 wuchs die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal um 0,3 %.² Doch neue geopolitische Spannungen und gestiegene Energiepreise dämpften im Frühjahr 2026 den Unternehmensoptimismus. Die faktische Sperrung der Straße von Hormus für die Schifffahrt seit Anfang März 2026 verteuerte Öl und Gas deutlich und beschleunigte den Preisauftrieb.

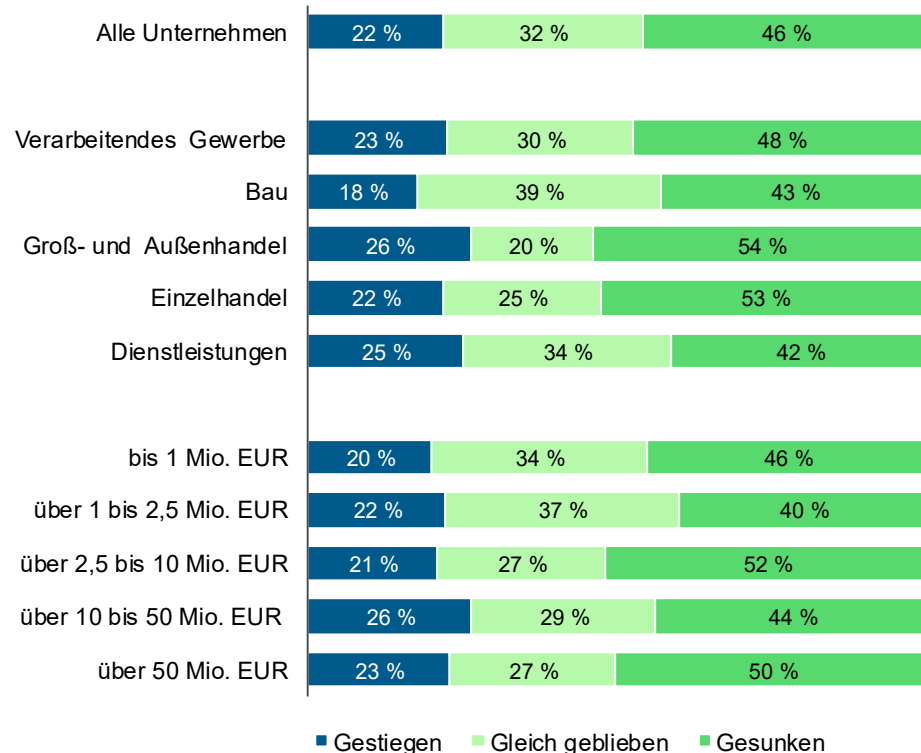
Angesichts der damit einhergehenden Kaufkraftverluste hat sich das Konsumklima deutlich eingetrübt. Zugleich gab die Unternehmensstimmung, gemessen am ifo-Geschäftsklima, spürbar nach. Vor diesem Hintergrund wird für das preisbereinigte BIP im Jahr 2026 nur noch ein Wachstum von 0,7 % erwartet, gefolgt von 1,3 % im Jahr 2027.³

Diese Entwicklungen spiegeln sich in den Ergebnissen der diesjährigen Unternehmensbefragung wider, in der wir erstmals die Unternehmen zur jüngsten Entwicklung der Nachfrage nach ihren Produkten und Dienstleistungen befragt haben. Die Rückmeldungen fügen sich in das makroökonomische Bild einer verhaltenen konjunkturellen Entwicklung ein.

Unternehmen melden für die vergangenen zwölf Monate einen Einbruch der Nachfrage

Entwicklung der Nachfrage in letzten zwölf Monaten

(Nach Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklasse, Anteile in Prozent)



Die wirtschaftliche Lage der befragten Unternehmen gestaltete sich in den vergangenen zwölf Monaten schwierig. Nahezu die Hälfte der Unternehmen (46 %) gab an, dass die Nachfrage nach ihren Produkten oder Dienstleistungen zurückgegangen ist. Lediglich rund jedes fünfte Unternehmen (22 %) berichtete von einer Zunahme, während etwa ein Drittel eine Stagnation verzeichnete (32 %). Die Befragungsergebnisse spiegeln damit insgesamt das schwierige konjunkturelle Umfeld der vergangenen Monate wider.

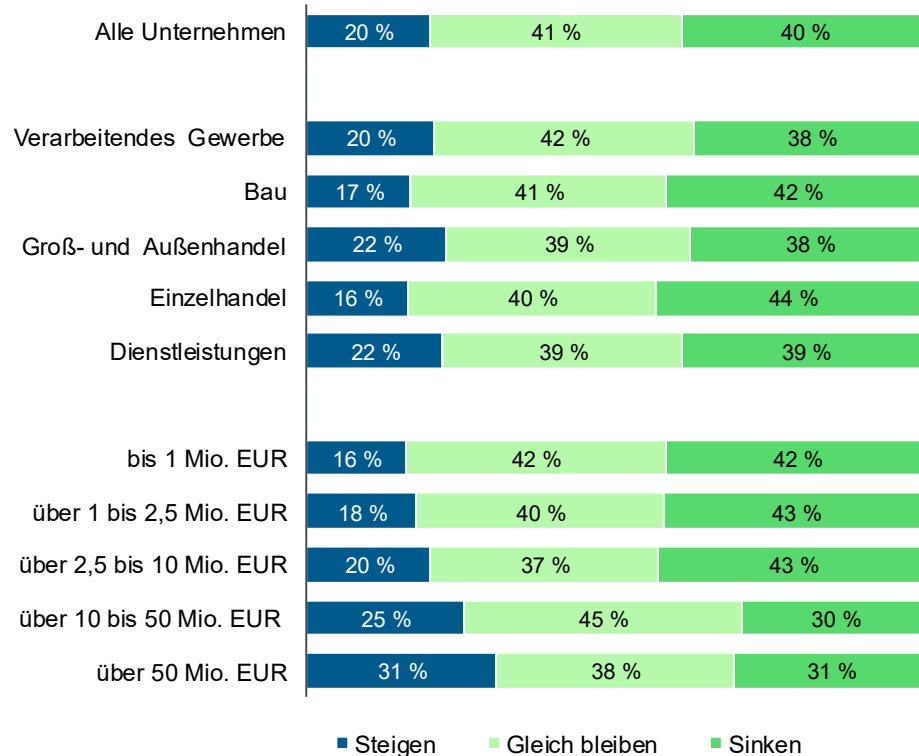
Der Nachfragerückgang war in der gesamten Breite des Unternehmenssektors sichtbar. In allen betrachteten Branchen und Größenklassen meldeten deutlich mehr Unternehmen eine rückläufige Nachfrage als Zuwächse. Besonders ausgeprägt war dies im Groß- und Außenhandel sowie im Einzelhandel: In beiden Bereichen lag der Anteil der Unternehmen mit Nachfragerückgang bei über 50 %. Im Baugewerbe meldeten mit 18 % dagegen die wenigsten Unternehmen einen Nachfrageanstieg.

Ähnlich gestaltet sich die Lage im Handwerk: 45 % der Unternehmen meldeten ein Rückgang der Nachfrage nach ihren Produkten oder Dienstleistungen und lediglich 19 % einen Anstieg.

Im Vergleich der Größenklassen fallen insbesondere Unternehmen mit einem Jahresumsatz zwischen 2,5 und 10 Mio. EUR sowie oberhalb von 50 Mio. EUR auf. In diesen Segmenten mussten etwa die Hälfte der Unternehmen (52 bzw. 50 %) Nachfragerückgänge verkraften. In den anderen Größenklassen waren es etwas weniger.

Auch der Ausblick auf die kommenden zwölf Monate ist wenig optimistisch

Erwartete Entwicklung der Nachfrage in nächsten zwölf Monaten (nach Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklasse, Anteile in Prozent)



Für die kommenden zwölf Monate erwarten die befragten Unternehmen keine Belebung der Nachfrage nach ihren Produkten und Dienstleistungen: Vier von zehn Unternehmen gehen von einem Nachfragerückgang aus. Nur 20 % rechnen mit einem Anstieg der Nachfrage.

Besonders ausgeprägt ist der Pessimismus im Einzelhandel und im Baugewerbe, wo mehr als 40 % der Unternehmen mit rückläufiger Nachfrage kalkulieren. Insbesondere für das Baugewerbe ist dies überraschend, da zu Beginn des Jahres vor allem durch die öffentliche Baunachfrage noch mit einem deutlichen Wachstum in der Bauwirtschaft gerechnet wurde. Im Befragungszeitraum schien dieser Impuls bei den Unternehmen jedoch noch nicht angekommen zu sein.

Ebenso verhalten blickt auch das Handwerk in die nahe Zukunft. 43 % der Unternehmen rechnen mit einem Nachfragerückgang, nur 16 % mit einem Anstieg.

Gleichzeitig zeigt sich bei den Wachstumsaussichten eine klare Abhängigkeit von der Größe. Der Anteil der Unternehmen mit positiven Erwartungen für die Nachfrageentwicklung ist im Segment über 50 Mio. EUR Jahresumsatz mit 31 % fast doppelt so hoch wie im Segment mit weniger als 1 Mio. EUR Jahresumsatz (16 %). Der Anteil der Unternehmen, die einen Nachfragerückgang erwarten, ist dagegen deutlich kleiner.

Entwicklung der Eigenkapitalquoten und Ratingnoten

Als eine der zentralen Finanzkennziffern misst die Eigenkapitalquote das Verhältnis von Eigenkapital zum Gesamtkapital eines Unternehmens. Sie ist ein wichtiger Indikator für das Kreditrisiko, das ein potenzieller Kreditgeber einget, und beeinflusst daher sowohl die Kreditentscheidung als auch die Konditionengestaltung. Die Eigenkapitalquote fließt auch in das Rating eines Unternehmens ein, das die individuelle Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis verschiedener Faktoren unter Anwendung statistischer Verfahren ermittelt. Eigenkapitalquote und Ratingnote haben einen wesentlichen Einfluss auf die Finanzierungsbedingungen und ergänzen damit das Bild des Finanzierungsumfelds, das sich aus der subjektiven Einschätzung der Unternehmen ergibt.

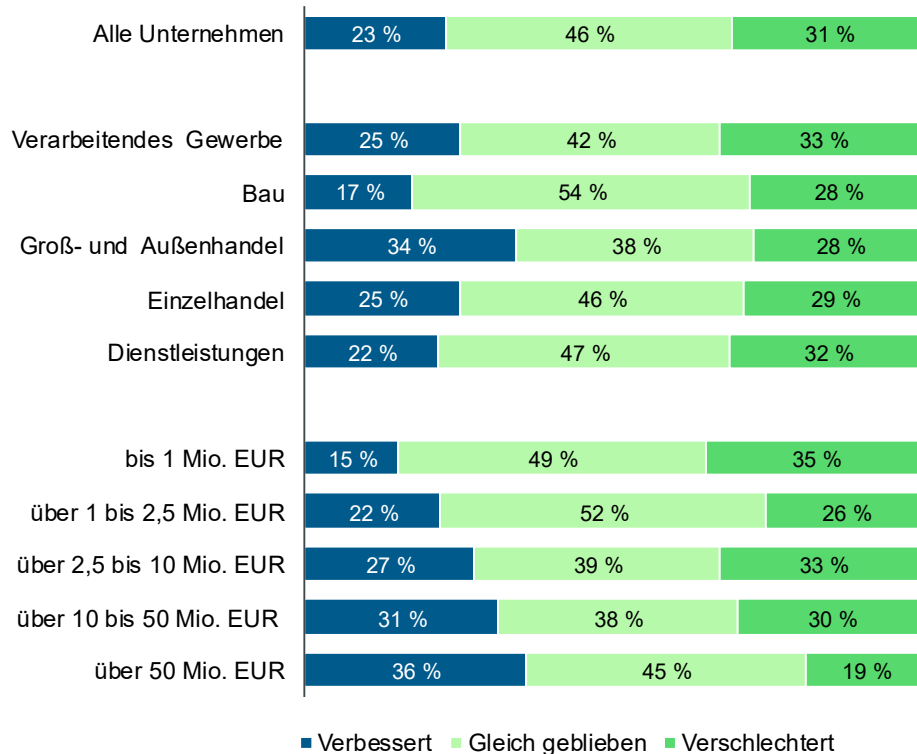
Die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen in Deutschland hat sich seit der Jahrtausendwende insgesamt deutlich verbessert. Die Eigenkapitalquoten stiegen von

durchschnittlichen rund 20 % im Jahr 1997 auf rund 31 % im Jahr 2024.⁴ Viele Unternehmen haben diese aktiv erhöht, um sich an die neuen Rahmenbedingungen am Finanzmarkt anzupassen. Gleichzeitig haben die Unternehmen so ihre Resilienz gegenüber unerwarteten Ereignissen deutlich gestärkt. Denn eine gute Eigenkapitalausstattung ermöglicht nicht nur Verluste in wirtschaftlichen schwierigen Zeiten länger abzufedern. Sie stärkt auch die Bonität der Unternehmen und hilft, den Fremdkapitalzugang offen zu halten. Dies hat sich in den vergangenen Jahren, die von mehreren kurz aufeinander folgenden Krisen geprägt waren, eindrücklich gezeigt.⁵

Doch die andauernde konjunkturelle Schwächephase setzt die Kapitalstruktur der Unternehmen zunehmend unter Druck. Die schwache Umsatzentwicklung und der hohe Kostendruck erschwert es den Unternehmen zunehmend ihr Eigenkapitalpolster zu halten. Dies bestätigen auch die Ergebnisse unserer diesjährigen Befragung.

Die schwierige konjunkturelle Lage setzt die Eigenkapitalquoten unter Druck

Entwicklung der Eigenkapitalquote in letzten zwölf Monaten (nach Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklasse, Anteile in Prozent)



In der letzten Befragung im Jahr 2024 zeichnete sich noch eine Stabilisierung der Eigenkapitalsituation der Unternehmen ab, nachdem diese durch die Corona-Krise unter Druck geraten war.⁶ Dieser Trend setzte sich zuletzt jedoch nicht fort. Etwa ein Drittel der befragten Unternehmen (31 %) meldete im Frühjahr 2026, dass die Eigenkapitalquote innerhalb der zurückliegenden zwölf Monate gesunken sei. Lediglich 23 % berichteten von einer Verbesserung. Etwas weniger als die Hälfte (46 %) gab an, dass sich die Eigenkapitalquote nicht verändert habe.

Im Branchenvergleich fällt insbesondere der Groß- und Außenhandel positiv auf: Hier meldete etwa ein Drittel der Unternehmen eine Verbesserung der Eigenkapitalsituation (34 %); während im Baugewerbe mit 17 % die wenigsten positive Veränderungen verzeichnen. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor wiesen dagegen mit 33 bzw. 32 % die meisten Unternehmen eine Verschlechterung ihrer Eigenkapitalausstattung auf.

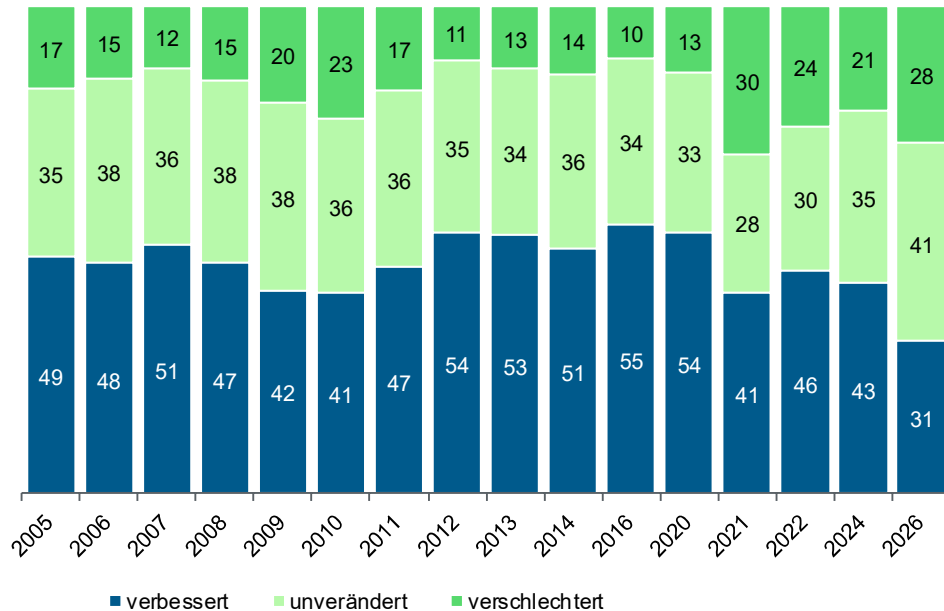
Auch im Handwerk hat sich die Eigenkapitalsituation eingetrübt. Fast ein Drittel der befragten Unternehmen (31 %) verzeichnete in den vergangenen zwölf Monaten eine Verschlechterung der Eigenkapitalbasis, nur jedes fünfte Unternehmen (20 %) konnte diese verbessern.

Ein deutliches Muster zeigt der Vergleich nach Größenklassen: Je höher der Umsatz, desto häufiger werden Verbesserungen gemeldet. So berichteten 36 % der Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 50 Mio. EUR, aber nur 15 % der Unternehmen mit weniger als 1 Mio. EUR Jahresumsatz von einer höheren Eigenkapitalquote. Fast spiegelbildlich stellt sich in diesen Segmenten der Anteil der Unternehmen dar, die eine Verschlechterung ihrer Eigenkapitalquote meldeten.

Auch im Vergleich zum langfristigen Trend zeigt sich eine Verschlechterung der Eigenkapitalsituation

Langfristige Entwicklung der Eigenkapitalquoten

(Wahrscheinlichkeit in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein für die Stichprobe typisches Unternehmen angibt, die Eigenkapitalquote habe sich innerhalb der zurückliegenden zwölf Monate verbessert, ist gegenüber der Vorerhebung von 43 auf 31 % zurückgegangen.

Die Ergebnisse einer multivariaten Analyse, die Veränderungen des Antwortverhaltens im Zeitablauf bei unterstellter konstanter Stichprobenzusammensetzung modelliert, bestätigen, dass sich die Eigenkapitalsituation zuletzt eingetrübt hat. So ist die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen eine Verschlechterung ihrer Eigenkapitalquote melden, von 21 % im Jahr 2024 auf 28 % im Jahr 2026 gestiegen. Sie liegt damit nur knapp unter dem bisherigen Höchstwert von 30 % aus dem Jahr 2021.

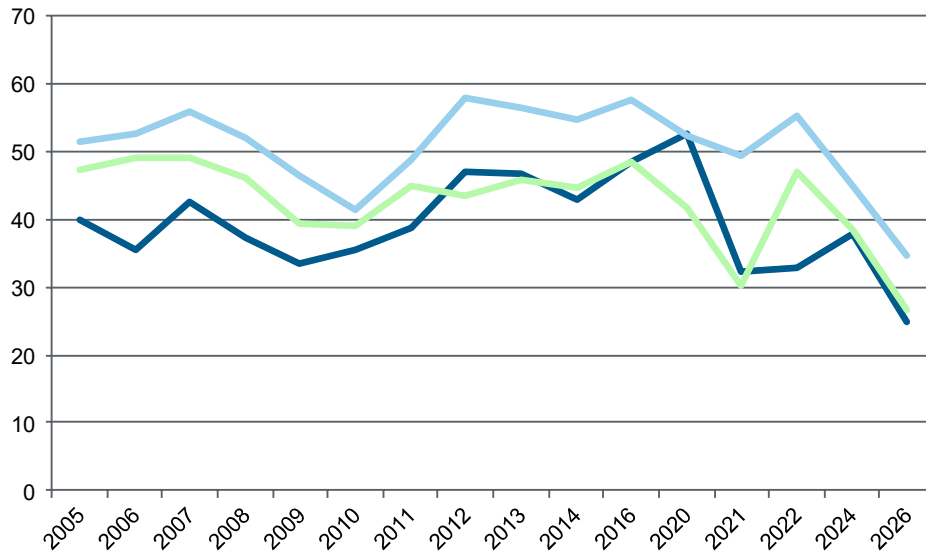
Parallel dazu ist die Wahrscheinlichkeit eines Anstiegs der Eigenkapitalquote gegenüber der Vorerhebung spürbar zurückgegangen. Mit 31 % bleibt sie deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 48 % und erreicht den niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebung.

Die Analyse zeigt zudem, dass diese Entwicklung Unternehmen aller Größenklassen gleichermaßen betrifft (siehe Seite 13). In allen drei betrachteten Umsatzklassen ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Unternehmen eine Verbesserung seiner Eigenkapitalquote meldet, im Vergleich zum Jahr 2024 um 10 oder mehr Prozentpunkte gesunken. Gleichzeitig hat in sämtlichen Größenklassen das Risiko einer gemeldeten Verschlechterung der Eigenkapitalquote zugenommen – am deutlichsten im Segment der Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 2,5 bis 25 Mio. EUR (plus 8 Prozentpunkte).

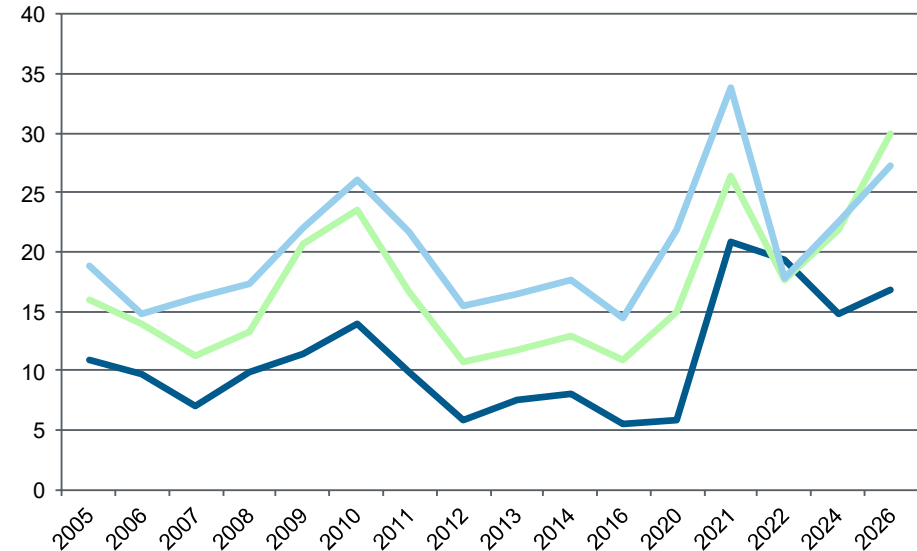
Diese Entwicklung betrifft Unternehmen aller Größenklassen

Langfristige Entwicklung der Eigenkapitalquote nach Umsatzgrößenklassen (Wahrscheinlichkeit in Prozent)

Verbesserungsmeldungen



Verschlechterungsmeldungen



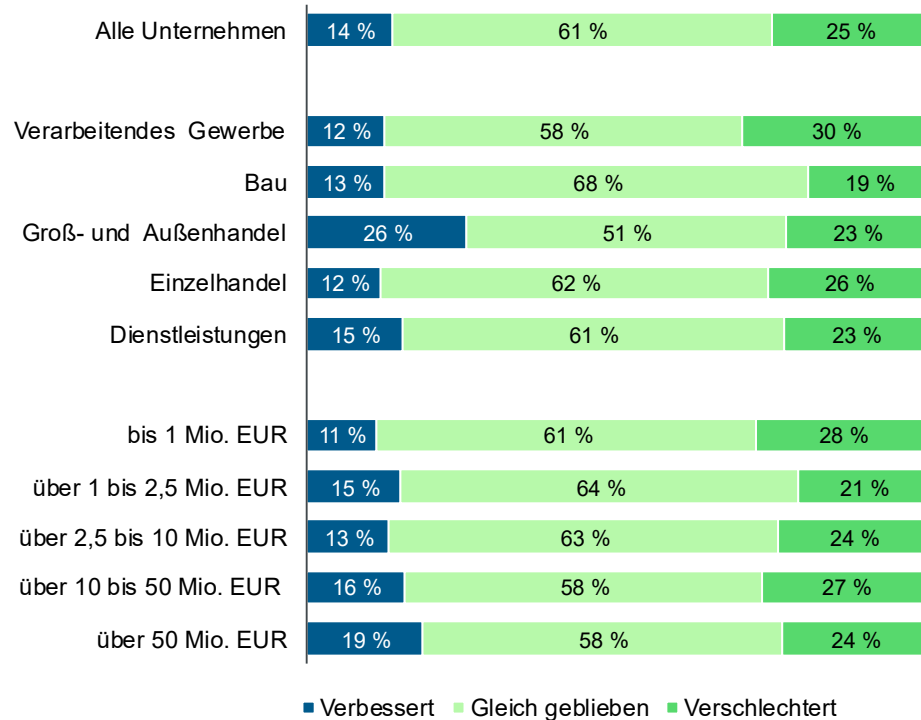
— bis 2,5 Mio. EUR — über 2,5 Mio. bis 25 Mio. EUR — über 25 Mio. EUR

Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein für die Stichprobe typisches Unternehmen mit bis zu 2,5 Mio. EUR Umsatz angibt, die Eigenkapitalquote habe sich innerhalb der zurückliegenden zwölf Monate verbessert, ist gegenüber der Vorerhebung von 37,8 auf 24,8 % gesunken.

Auch die Ratingnoten der Unternehmen haben sich verschlechtert

Entwicklung der Ratingnoten in letzten zwölf Monaten

(nach Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklasse, Anteile in Prozent)



Auch bei den Ratingnoten deutet sich eine Verschlechterung an. Zwar berichteten mehr als sechs von zehn Unternehmen (61 %), dass sich ihre Ratingeinstufung in den vorangegangenen zwölf Monaten nicht verändert hat, der Saldo aus Verbesserungs- und Verschlechterungsmeldungen ist jedoch negativ (-11 Punkte). Für das vergangene Jahr meldeten 25 % eine Verschlechterung und lediglich 14 % eine Verbesserung ihrer Ratingnote.

Mit 30 % war der Anteil negativer Rückmeldungen im Verarbeitenden Gewerbe am höchsten, gefolgt vom Einzelhandel (26 %). Mit Ausnahme des Groß- und Außenhandels verzeichneten in allen Branchen mehr Unternehmen eine Verschlechterung als eine Verbesserung ihres Ratings.

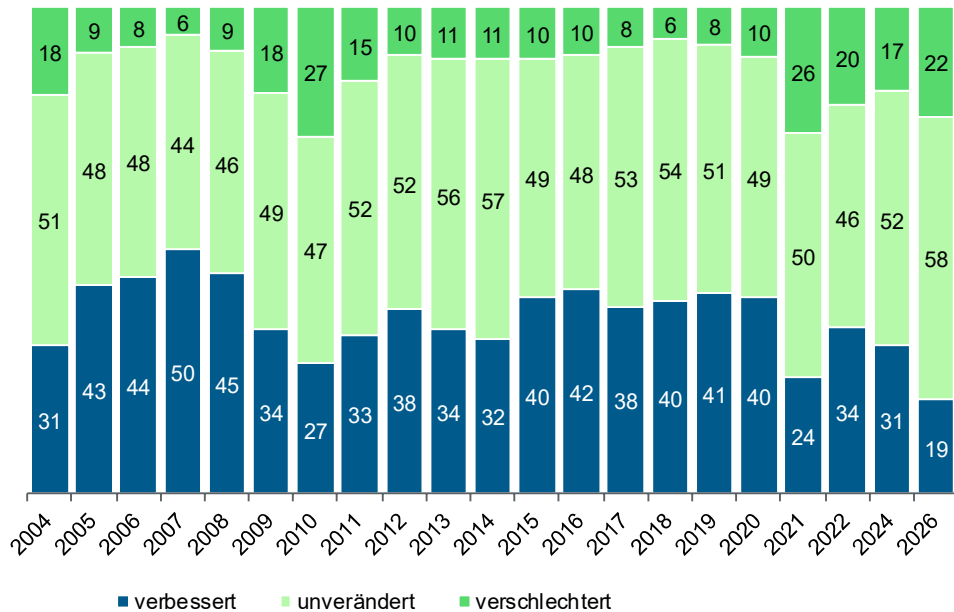
Ähnlich stellt sich die Lage im Handwerk dar: 24 % der Unternehmen meldeten für das vergangene Jahr eine Verschlechterung der Ratingnote, nur 13 % eine Verbesserung. Etwa sechs von zehn Handwerksbetrieben gaben an, dass ihre Einstufung unverändert geblieben ist.

Nach Größenklassen zeigen sich vergleichsweise geringe Unterschiede in der Entwicklung der Ratingnoten. In allen Segmenten ergibt sich ein negativer Saldo aus Verbesserungs- und Verschlechterungsangaben. Am deutlichsten ist dies bei den Kleinunternehmen mit weniger als 1 Mio. EUR Jahresumsatz der Fall (Saldo: -16 Punkte).

Die langfristige Betrachtung zeigt: Unternehmen fällt es immer schwerer ihre Ratingnote zu verbessern

Langfristige Entwicklung der Ratingnoten

(Wahrscheinlichkeit in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein für die Stichprobe typisches Unternehmen angibt, die Ratingnote habe sich innerhalb der zurückliegenden zwölf Monate verbessert, ist gegenüber der Vorerhebung von 31 auf 19 % zurückgegangen.

Auch die Ergebnisse einer multivariaten Analyse bestätigen, dass sich die Entwicklung der Ratingnoten zuletzt eingetrübt hat. Für Unternehmen wird es zunehmend schwieriger, ihre Ratingbewertung zu verbessern: Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Verbesserung der Ratingnote gemeldet wird, lag im Jahr 2026 mit 19 % so niedrig wie noch nie im Beobachtungszeitraum. Im Vergleich zur Erhebung 2024 entspricht dies einem Rückgang um 12 Prozentpunkte. Gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit einer gemeldeten Verschlechterung wieder spürbar gestiegen – von 17 auf 22 %.

Die eingetrübte Ratingdynamik dürfte den Zugang der Unternehmen zu Fremdkapital spürbar erschweren: Höhere Finanzierungskosten, strengere Kreditbedingungen (Covenants), höhere Anforderungen an Sicherheiten sowie eine insgesamt restriktivere Kreditvergabe bis hin zu Ablehnungen sind mögliche Folgen. Vor diesem Hintergrund sollte die weitere Entwicklung eng beobachtet werden.

Entwicklung der Finanzierungsbedingungen und Kreditnachfrage

Das Finanzierungsumfeld der Unternehmen hat sich seit der letzten Erhebung im Frühjahr 2024 spürbar gewandelt. Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) zur Inflationsbekämpfung die Zinsen angehoben hatte, verharrte der Hauptrefinanzierungssatz bis Juni 2024 auf dem Höchststand von 4,5 %. Die daraufhin von der EZB eingeleitete Zinswende brachte zwar schrittweise Zinssenkungen, dennoch bewegen sich die Finanzierungskosten für Unternehmen im Frühjahr 2026 weiterhin auf einem im langfristigen Vergleich erhöhten Niveau.⁷

Entsprechend bleibt die Situation am Kreditmarkt für Unternehmen herausfordernd. Das Verhalten der Banken in Kreditverhandlungen wird als restriktiv eingestuft.

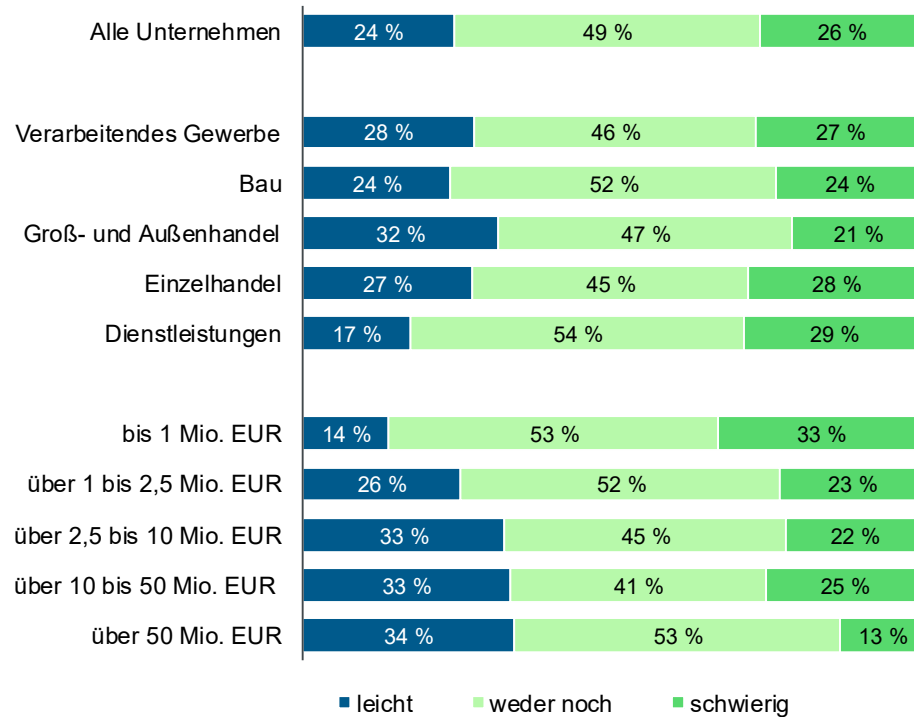
Laut der KfW-ifo-Kredithürde verschärfte sich der Kreditzugang im Laufe des Jahres 2025 spürbar und erreichte Ende des Jahres bei den kleinen und mittleren Unternehmen sogar einen historischen Höchststand.⁸ Dies bestätigen auch die Ergebnisse des Bank Lending Survey, wonach Banken ihre Kreditrichtlinien aufgrund gesteigerter Risikoüberlegungen bis ins erste Quartal 2026 hinein per saldo verschärft haben.⁹

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Ergebnissen unserer diesjährigen Unternehmensbefragung wider. Zusätzlich bleibt das konjunkturelle Umfeld für die Unternehmen belastend. Die anhaltende Wirtschaftsschwäche und das erhöhte Zinsniveau dämpfen die investitionsgetriebene Kreditnachfrage im Unternehmenssektor weiterhin deutlich.

Das Finanzierungsklima hat sich im Vergleich zur Vorerhebung im Jahr 2024 eingetrübt

Aktuelles Finanzierungsklima

(Nach Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklasse, Anteile in Prozent)



Lediglich 24 % der Unternehmen stufen den Zugang zu Krediten derzeit als leicht ein; gegenüber der Vorerhebung entspricht dies einem Rückgang um rund 8 Prozentpunkte. Der Anteil der Unternehmen, die die Aufnahme eines Kredits als schwierig einschätzen, lag in der diesjährigen Befragung bei rund 26 % und damit nahezu auf dem Niveau des Frühjahrs 2024 (27 %), als die Erhebung letztmalig durchgeführt wurde.

Im Frühjahr 2026 wurde das Finanzierungsklima insbesondere von Unternehmen im Dienstleistungssektor als angespannt wahrgenommen: Der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen lag hier mit -11 Punkten deutlich unter den Werten der übrigen Branchen. Im Groß- und Außenhandel bewerteten hingegen nur 21 % der befragten Unternehmen den Kreditzugang als schwierig, während etwa ein Drittel ihn derzeit als leicht einschätzt (32 %).

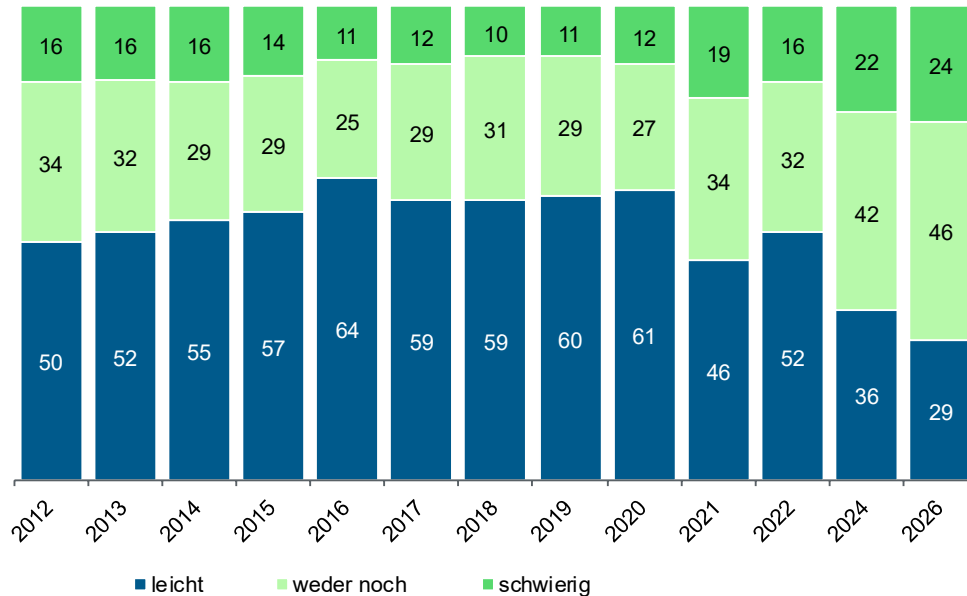
Ein gesonderter Blick auf die Handwerksbetriebe zeigt ebenfalls ein eher eingetrübtes Bild. Rund 26 % beurteilen den Kreditzugang aktuell als schwierig, nur etwa jedes fünfte Unternehmen (22 %) als leicht.

Zugleich zeigt sich eine klare Größenabhängigkeit: Je kleiner ein Unternehmen, desto seltener wird der Zugang zu Krediten als leicht und desto häufiger als schwierig eingeschätzt.¹⁰ Im Segment der Kleinstunternehmen mit bis zu 1 Mio. EUR Jahresumsatz berichtete etwa jedes dritte Unternehmen (33 %) von einem schwierigen Kreditzugang; bei Unternehmen mit mehr als 50 Mio. EUR Umsatz lag dieser Anteil bei lediglich 13 %.

Langfristbetrachtung des Finanzierungsklimas verdeutlicht die zunehmenden Schwierigkeiten

Langfristige Entwicklung des Finanzierungsklimas

(Wahrscheinlichkeit in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein für die Stichprobe typisches Unternehmen angibt, die Kreditaufnahme in den zurückliegenden zwölf Monaten sei schwierig gewesen, ist gegenüber der Vorerhebung von 22 auf 24 % gestiegen.

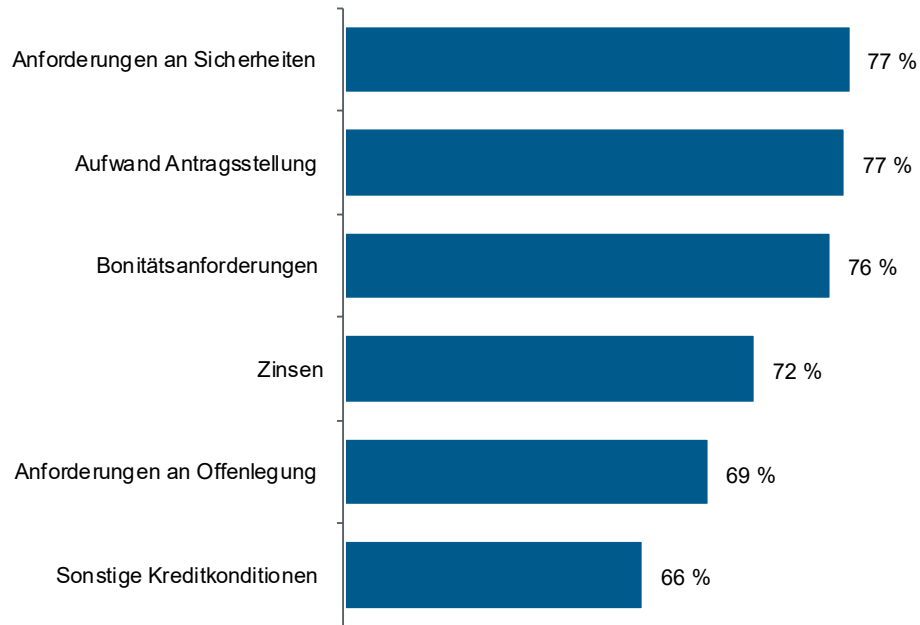
Die Ergebnisse einer multivariaten Analyse verdeutlichen die bereits mit der Corona-Pandemie einsetzende Verschlechterung des Finanzierungsklimas. Die Krise beendete eine Phase, in der sich die Bedingungen für die Kreditaufnahme nach Einschätzung der befragten Unternehmen nahezu kontinuierlich verbessert hatten. Im Jahr 2012 überstieg die Wahrscheinlichkeit, einen „leichten“ Kreditzugang zu melden, die Wahrscheinlichkeit einer Meldung „schwieriger“ Kreditbedingungen um rund 34 Prozentpunkte. Bis zum Befragungsjahr 2020 stieg dieser Saldo auf rund 49 Prozentpunkte (Befragungszeitpunkt: 1. Quartal 2020). Im Jahr 2021 sank er auf 27 Prozentpunkte. Nach einer Erholung im Jahr 2022 fiel die Bewertung des Finanzierungsklimas im Frühjahr 2024 erneut deutlich ungünstiger aus.

Dieser Trend setzt sich in der aktuellen Befragung fort. Die geschätzte Wahrscheinlichkeit, dass ein für die Erhebung typisches Unternehmen von einem schwierigen Kreditzugang berichtet, nahm gegenüber dem Frühjahr 2024 von 22 auf 24 % zu und erreichte damit den höchsten Wert seit Beginn der Betrachtung. Parallel dazu ging die Wahrscheinlichkeit, einen „leichten“ Kreditzugang zu melden, um 6 Prozentpunkte auf 29 % zurück.

Die Ursachen für Erschwernisse bei der Kreditaufnahme sind vielfältig

Entwicklung verschiedener Faktoren beim Kreditzugang

(Anteil „gestiegen“ in Prozent, nur Unternehmen einbezogen, die zunehmende Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme gemeldet haben.)



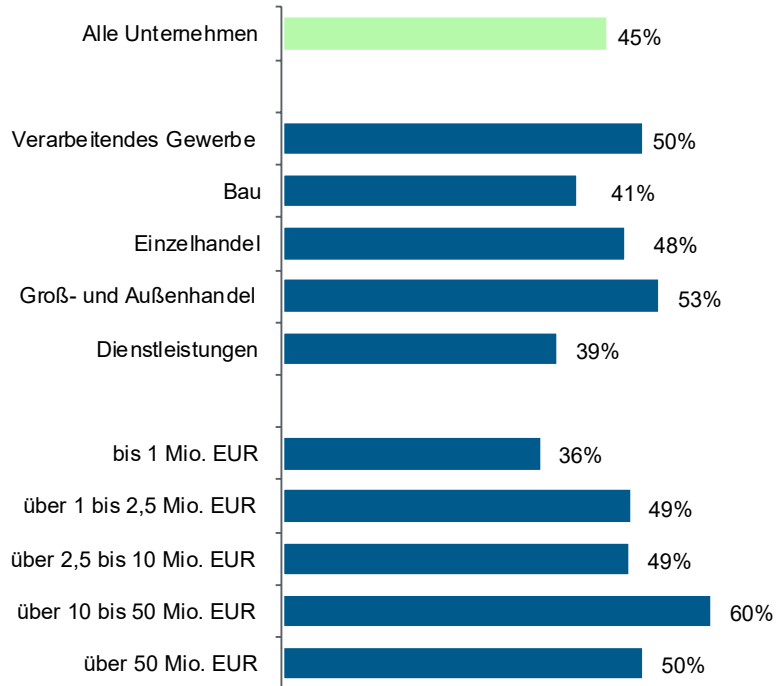
Die Unternehmen führen die wahrgenommene Verschlechterung des Finanzierungsklimas vor allem auf verschärfte Kreditvergabebedingungen zurück. An vorderster Stelle stehen gestiegene Anforderungen an Sicherheiten (77 %) sowie ein höherer finanzieller und zeitlicher Aufwand der Antragsstellung (77 %), gefolgt von strengeren Bonitätsanforderungen (76 %). Mit geringem Abstand werden zudem höhere Zinsen (72 %) und zunehmende Anforderungen an die Offenlegung von Geschäftszahlen und -strategien (69 %) genannt. Auch sonstige Kreditkonditionen – etwa Laufzeiten, Covenants oder Tilgungsmodalitäten – haben sich nach Einschätzung von 66 % der Unternehmen mit berichteten Zugangsproblemen verschlechtert.

Mit Ausnahme der Zinsentwicklung entspricht dieses Muster weitgehend den Ergebnissen früherer Erhebungen: Bereits in der Vergangenheit standen qualitative Verschärfungen – insbesondere bei Sicherheiten, Informationsanforderungen und Bonitätskriterien – bei der Beurteilung der Gründe für ein eingetrübtes Finanzierungsklima im Vordergrund.¹¹ Der im Vergleich zu früheren Erhebungen aktuell deutlich höhere Anteil an Unternehmen, die einen Anstieg der Zinsen melden, verdeutlicht, dass das aktuelle Zinsniveau weiterhin als erhebliche Belastung wahrgenommen wird – auch wenn die Zinsen seit ihrem Höchststand im Sommer 2024 wieder leicht gesunken sind.

Kreditnachfrage ist im Vergleich zur Vorerhebung rückläufig

Unternehmen mit Kreditverhandlungen

(nach Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklasse, Anteile in Prozent)



Trotz des angespannten Finanzierungsumfelds haben in den zwölf Monaten vor Befragungsbeginn 45 % der Unternehmen Kreditverhandlungen geführt. Gegenüber der Erhebung 2024, die sich auf das Jahr 2023 bezieht, entspricht dies jedoch einem Rückgang um rund 4 Prozentpunkte.

Zwischen den Wirtschaftszweigen zeigt sich eine deutliche Spreizung der Kreditnachfrage. Im Dienstleistungssektor führten mit 39 % anteilig die wenigsten Unternehmen Finanzierungsgespräche. Auch im Baugewerbe lag der Anteil mit rund 41 % unter dem Gesamtdurchschnitt und fiel im Vergleich zu 2024 um 7 Prozentpunkte. Im Groß- und Außenhandel verhandelte dagegen gut jedes zweite Unternehmen (53 %) über Kredite, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe mit 50 %. Dort war die Nachfrage jedoch spürbar geringer als in der Vorerhebung (-6 Prozentpunkte).

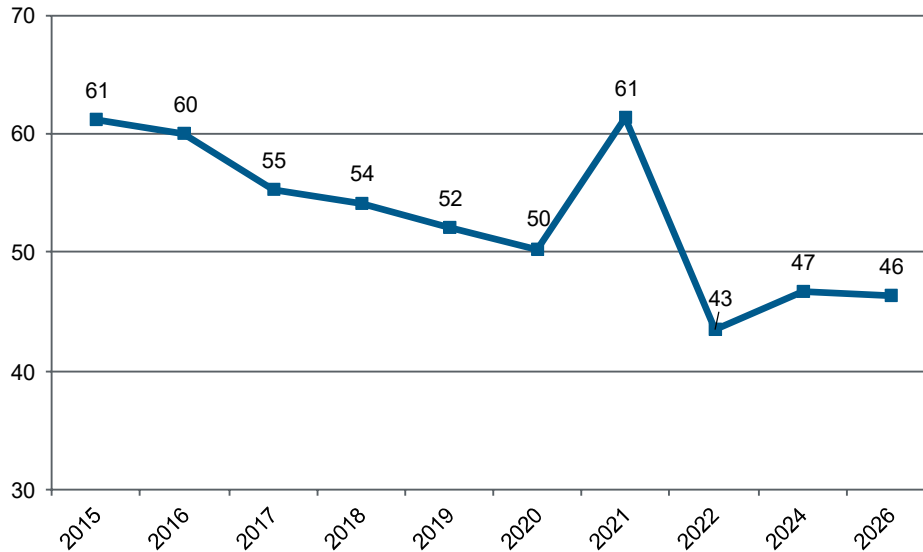
Ein separater Blick auf das Handwerk zeigt ebenfalls eine leicht unterdurchschnittliche Kreditnachfrage: Nur 41 % der Betriebe haben in den vergangenen zwölf Monaten Kreditverhandlungen geführt; 2024 lag dieser Anteil noch um 10 Prozentpunkte höher.

Wie in früheren Erhebungen ist die Kreditnachfrage bei größeren Unternehmen ausgeprägter. Rund sechs von zehn Unternehmen mit mehr als 10 Mio. EUR Jahresumsatz führten im Beobachtungszeitraum Kreditgespräche. In der Umsatzklasse bis 1 Mio. EUR war es lediglich etwas mehr als jedes dritte Unternehmen (36 %). Mit Ausnahme des Segments über 1 bis 2,5 Mio. EUR Umsatz ist die Bereitschaft, Kreditverhandlungen aufzunehmen, in allen Größenklassen gegenüber 2024 zurückgegangen.

Die Bereitschaft, Kreditverhandlungen zu führen, nimmt seit Längerem ab

Wahrscheinlichkeit, dass in vorangegangenen zwölf Monaten Kreditverhandlungen geführt wurden

(Anteile in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein für die Stichprobe typisches Unternehmen angibt, es hat in den zurückliegenden zwölf Monaten Kreditverhandlungen geführt, ist gegenüber der Vorerhebung von 47 auf 46 % gesunken.

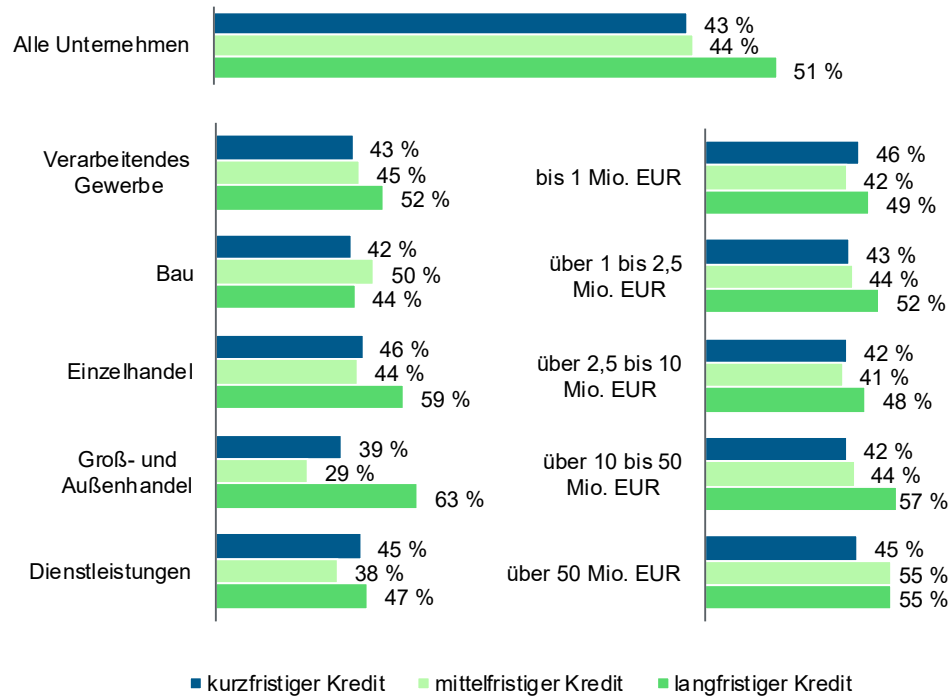
Die Ergebnisse einer multivariaten Analyse zeigen, dass die Bereitschaft der Unternehmen, Kreditverhandlungen zu führen, in den vergangenen zehn Jahren spürbar abgenommen hat. Im Frühjahr 2015 lag die Wahrscheinlichkeit, dass ein Unternehmen angibt, in den vorangegangenen zwölf Monaten Kreditgespräche geführt zu haben, noch bei 61 %, im Frühjahr 2020 nur noch bei 50 %.

Nach einem deutlichen Sprung nach oben im Jahr 2021, der sich auf die Nachfrage im Jahr 2020 bezieht und den damaligen krisenbedingten Liquiditätsbedarf der Unternehmen reflektiert, brach die Verhandlungsneigung im Folgejahr spürbar ein. Die Wahrscheinlichkeit, dass in den zwölf Monaten vor Befragungsbeginn Kreditverhandlungen stattfanden, sank 2022 auf 43 %. Eine nachhaltige Erholung ist seither nicht zu erkennen; im Frühjahr lag der Wert lediglich bei 46 %.

Langfristige Finanzierung wird von den Unternehmen am meisten nachgefragt

Unternehmen mit Kreditverhandlungen nach Fristigkeit

(Mehrfachnennungen möglich, Anteile in Prozent)



Die Betrachtung der Kreditverhandlungen nach Laufzeiten zeigt eine Präferenz der befragten Unternehmen für längerfristige Kredite (Laufzeit 5 Jahre und länger). Rund 51 % der Unternehmen mit Kreditverhandlungen führten Gespräche über entsprechende Finanzierungen. Dagegen verhandelten lediglich 43 % über kurzfristige Kredite (z. B. Kontokorrentkredite).

Eine besonders hohe Nachfrage nach langfristigen Krediten ist im Handel zu beobachten – sowohl im Groß- und Außenhandel (63 %) als auch im Einzelhandel (59 %). Im Baugewerbe lag der Anteil dagegen mit 44 % unter dem Durchschnitt; hier standen eher mittelfristige Kredite mit Laufzeiten von 2 bis unter 5 Jahren im Fokus.

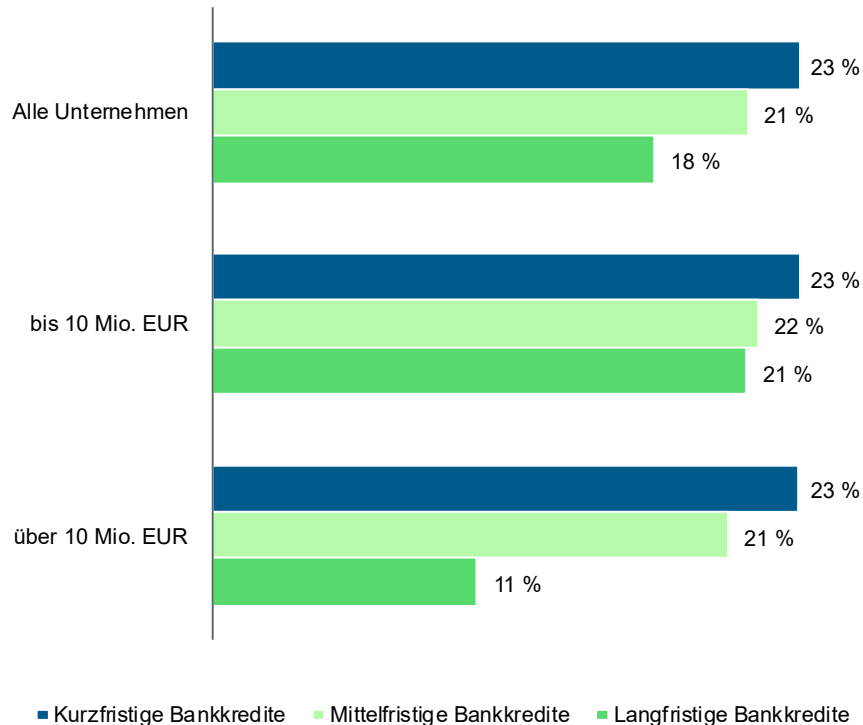
Handwerksunternehmen verhandelten mit 52 % ebenfalls leicht überdurchschnittlich häufig über Kredite mit längeren Laufzeiten. Die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten blieb dagegen mit 40 % hinter dem Mittelwert der Gesamtstichprobe zurück.

Der Vergleich nach Größenklassen zeigt, dass in allen Segmenten der Bedarf an langfristigen Finanzierungsmitteln den an kurzfristigen übersteigt. Am stärksten ausgeprägt ist die Nachfrage nach langfristigen Krediten bei Unternehmen mit mehr als 10 Mio. EUR Jahresumsatz.

Kreditverhandlungen scheitern zunehmend häufiger auch bei großen Unternehmen

Alle Kreditverhandlungen gescheitert

(nach Unternehmensgröße, Anteile in Prozent)



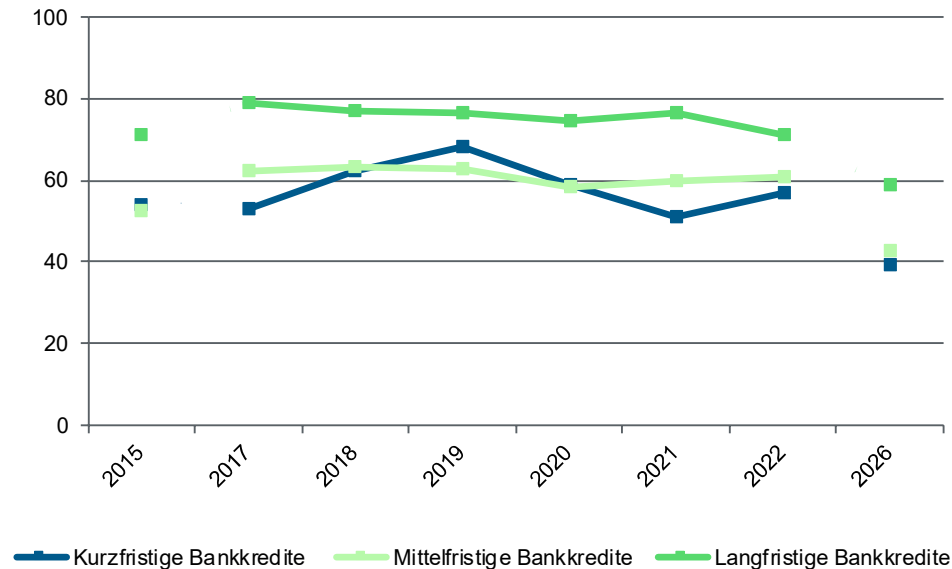
Dass sich das Finanzierungsklima eingetrübt hat, zeigt sich nicht nur in der subjektiven Wahrnehmung von Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme (Seite 17), sondern auch im gestiegenen Anteil gescheiterter Kreditverhandlungen. Grundsätzlich können Verhandlungen sowohl daran scheitern, dass das Kreditinstitut kein Angebot unterbreitet (z. B. wegen unzureichender Bonität oder Sicherheiten), als auch daran, dass Unternehmen ein Angebot ablehnen, etwa weil sich ein Vorhaben zu den angebotenen Konditionen nicht mehr rechnet oder ein konkurrierendes Angebot günstiger ist.

Besonders große Probleme traten im vergangenen Jahr bei kurzfristigen Krediten auf: Bei fast jeder vierten Verhandlung kam es zu keinem Abschluss (23,4 %), ein deutlicher Anstieg um 5 Prozentpunkte gegenüber der Erhebung im Frühjahr 2022.¹² Auch bei mittelfristigen Krediten scheiterte mehr als jede fünfte Verhandlung. Etwas erfolgreicher waren Gespräche über langfristige Kredite, dennoch ist der Anteil gescheiterter Verhandlungen mit 18 % hoch.

Die in früheren Erhebungen beobachteten deutlichen Unterschiede in der Erfolgsquote von Kreditverhandlungen nach Größenklassen zeigen sich in der aktuellen Befragung nur noch bei langfristigen Krediten. Bei kurz- und mittelfristigen Laufzeiten scheiterte in allen Größenklassen jeweils etwas mehr als ein Fünftel der Verhandlungen. Bei langfristigen Krediten waren größere Unternehmen hingegen deutlich erfolgreicher: Lediglich bei 11 % der Unternehmen mit entsprechenden Verhandlungen blieb der Abschluss vollständig aus.

Wahrscheinlichkeit, Kreditverhandlungen erfolgreich abzuschließen, ist spürbar gesunken

Alle Kreditverhandlungen erfolgreich nach Kreditlaufzeit (Wahrscheinlichkeit in Prozent)



Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein für die Stichprobe typisches Unternehmen angibt, dass alle Kreditverhandlungen über kurzfristige Kredite erfolgreich abgeschlossen wurden, ist gegenüber der Erhebung im Jahr 2022 von 56,7 auf 39,2 % gesunken.

Die Ergebnisse einer multivariaten Analyse zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, alle Kreditverhandlungen in den vergangenen zwölf Monaten erfolgreich abzuschließen, gegenüber der letztmaligen Messung im Jahr 2022 über alle Laufzeiten hinweg deutlich gesunken ist. Am stärksten war der Rückgang bei mittelfristigen Krediten: Hier verringerte sich die Erfolgswahrscheinlichkeit um 18 Prozentpunkte auf 42,8 %. Bei kurzfristigen Krediten fiel sie in ähnlicher Größenordnung um 17,5 Prozentpunkte auf 39,2 %. Am höchsten bleibt die Erfolgsquote mit 58,8 % zwar bei langfristigen Krediten, doch auch hier ging sie im Vergleich zu 2022 spürbar zurück – um 12,5 Prozentpunkte.

Nachhaltigkeit im Rahmen von Kreditgesprächen

Im Jahr 2015 hat die internationale Staatengemeinschaft die Agenda 2030 verabschiedet und damit 17 globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung festgelegt. Die Agenda dient als Fahrplan für die Zukunft: Sie soll weltweit ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft bewahren.¹³

Bei der Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft spielt das Finanzsystem eine entscheidende Rolle. Denn um den Übergang zu stemmen, bedarf es der Mobilisierung von Kapital in nicht unerheblichem Umfang. Beginnend mit dem im Jahr 2018 beschlossenen europäischen Aktionsplan „Finanzierung nachhaltigen Wachstums“ wurde in den vergangenen Jahren ein regulatorischer Rahmen geschaffen, der darauf abzielt, in der EU ein nachhaltiges Finanzwesen aufzubauen und Kapitalströme in nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten zu lenken.

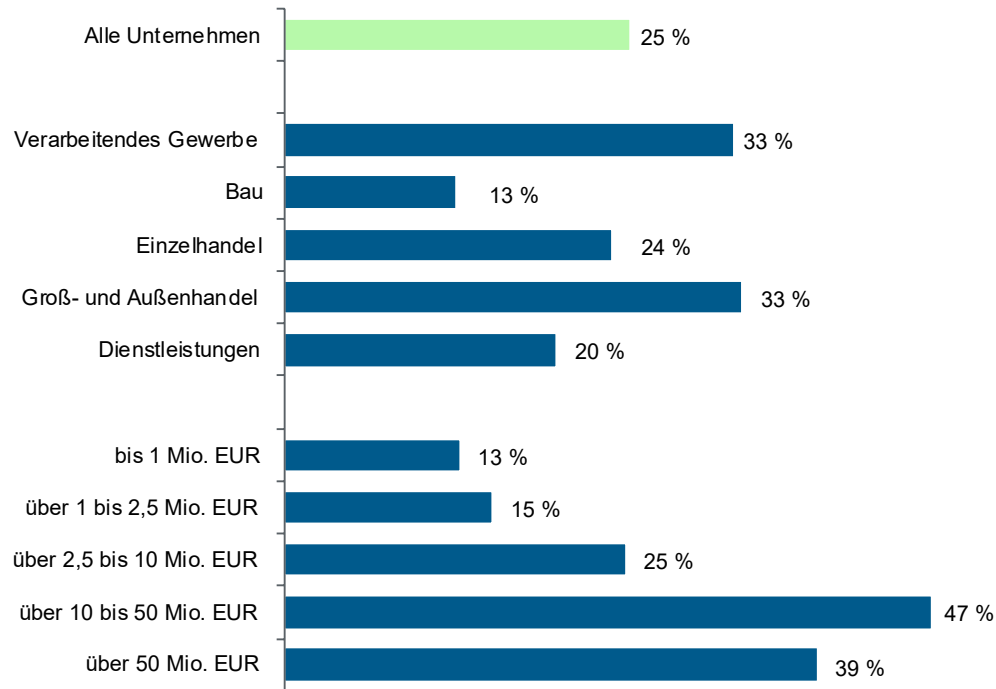
Kernelemente der europäischen Strategie zur Schaffung eines nachhaltigen Finanzsystems sind zum einen die Einführung eines EU-Klassifikationssystems für nachhaltige Tätigkeiten – die EU-Taxonomie.¹⁴ Zum anderen beinhaltet sie auch eine verstärkte bzw. erweiterte Pflicht zur Offenlegung von Unternehmensangaben zu Nachhaltigkeit – spezifiziert in der seit Januar 2023 gültigen Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD).¹⁵ Darüber hinaus wird von Finanzinstituten regulatorisch eine stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken in ihren Geschäftsaktivitäten eingefordert.¹⁶

Zur Erfüllung dieser Vorgaben benötigen Finanzinstitute ESG-Daten ihrer Kunden. In der Folge werden sich Unternehmen zukünftig stärker mit ihrem Nachhaltigkeitsprofil auseinandersetzen und entsprechende Informationen und Daten strukturiert erfassen müssen.

Jedes vierte Unternehmen wurde im Rahmen von Kreditverhandlungen auf das Thema Nachhaltigkeit angesprochen

Das Thema Nachhaltigkeit hat bei Kreditverhandlungen eine Rolle gespielt

(Anteile in Prozent; nur Unternehmen, die Kreditverhandlungen geführt haben)



Rund 25 % der Unternehmen, die in den zwölf Monaten vor der Befragung Kreditverhandlungen geführt haben, berichten, dass Nachhaltigkeit in diesem Zusammenhang thematisiert wurde. In der Erhebung 2024 lag der Anteil mit 27 % in einer ähnlichen Größenordnung; ein spürbarer Anstieg ist seither nicht zu erkennen.

Im Branchenvergleich stechen insbesondere der Groß- und Außenhandel sowie das Verarbeitende Gewerbe hervor: In diesen Sektoren wurde etwa jedes dritte Unternehmen in Kreditgesprächen auf Nachhaltigkeitsaspekte angesprochen. Deutlich seltener kam das Thema zuletzt bei Finanzierungsgesprächen mit Bauunternehmen zur Sprache; hier ergibt sich gegenüber 2024 ein Rückgang um 11 Prozentpunkte auf 13 %.

Auch im Handwerk berichten in der diesjährigen Befragung mit 19 % etwas weniger Unternehmen, dass Nachhaltigkeit in Kreditverhandlungen eine Rolle spielte. 2024 lag der entsprechende Anteil noch bei 24 %.

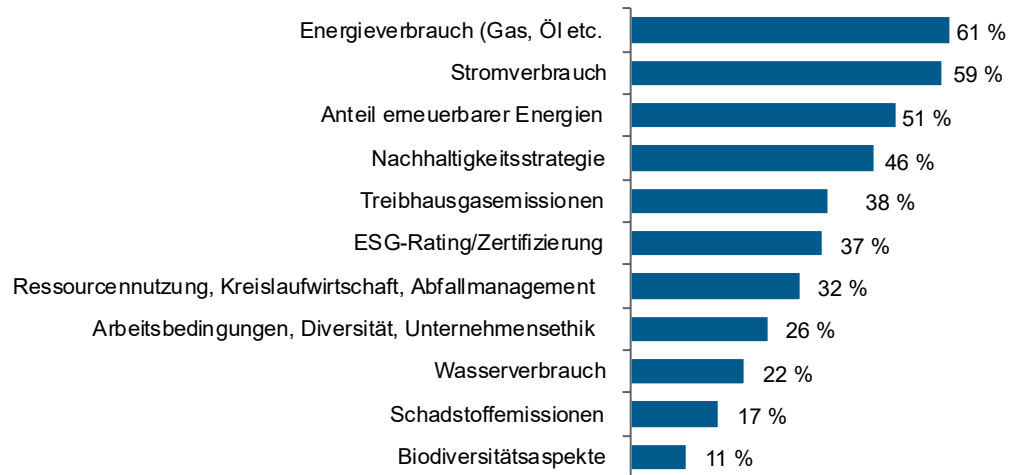
Vergleichsweise häufig werden Nachhaltigkeitsaspekte bei der Kreditvergabe an größere Unternehmen aufgegriffen. Im Segment mit einem Jahresumsatz von über 10 bis 50 Mio. EUR war dies bei fast der Hälfte der Unternehmen mit Kreditverhandlungen der Fall (47 %) – ein Plus von 17 Prozentpunkten gegenüber 2024. Deutlich seltener – auch im Vergleich zur Vorjahreserhebung – wurden kleinere Unternehmen im Rahmen von Kreditgesprächen mit Nachhaltigkeitsthemen konfrontiert.

Die Anfragen zu Nachhaltigkeitsinformationen werden konkreter

Wurde nach spezifischen Nachhaltigkeitsinformationen bzw. -indikatoren gefragt?



Welche spezifischen Nachhaltigkeitsinformationen wurden nachgefragt? (Anteile in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



Unter den Unternehmen, die berichteten, dass Nachhaltigkeit in Kreditgesprächen thematisiert wurde, gaben 97 % an, dass Kreditgeber konkrete Nachhaltigkeitsinformationen bzw. -kennzahlen anforderten. In der Erhebung 2024 traf dies erst auf 56 % zu. Nachhaltigkeit wurde damit in Kreditgesprächen zwar nicht häufiger, jedoch deutlich konkreter adressiert.

Am häufigsten fragten die Kreditinstitute nach klassischen Verbrauchsdaten: In jeweils rund sechs von zehn Fällen wurden der Energie- bzw. Stromverbrauch abgefragt. Mehr als die Hälfte der Unternehmen (51 %) musste zudem angeben, wie hoch der Anteil erneuerbarer Energien am Strom- bzw. Energieverbrauch ist. Diese Art von Informationsabfragen betraf kleinere und größere Unternehmen in ähnlichem Umfang.

Etwas weniger als die Hälfte der Unternehmen (46 %) musste eine konkrete Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen; im Segment der großen Unternehmen mit mehr als 50 Mio. EUR Jahresumsatz waren es mit 75 % sogar eine deutliche Mehrheit. Auch bei Treibhausgasemissionen, ESG-Ratings sowie Aspekten der Ressourcennutzung, Kreislaufwirtschaft und des Abfallmanagements zeigt sich: Je größer ein Unternehmen, desto eher wird es hierzu befragt. Insgesamt musste jeweils rund ein Drittel der Unternehmen entsprechende Informationen liefern.

Informationen zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit – etwa zu Arbeitsbedingungen, Diversität oder Unternehmensethik – werden dagegen noch vergleichsweise selten eingefordert; betroffen war nur rund jedes vierte Unternehmen. Ebenfalls eher selten wurden konkrete Zahlen zu Schadstoffemissionen (Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung) (17 %) sowie Angaben zu Biodiversitätsaspekten abgefragt (11 %). Auch hierbei waren tendenziell häufiger größere Unternehmen angesprochen.

Entwicklung der Investitionstätigkeit

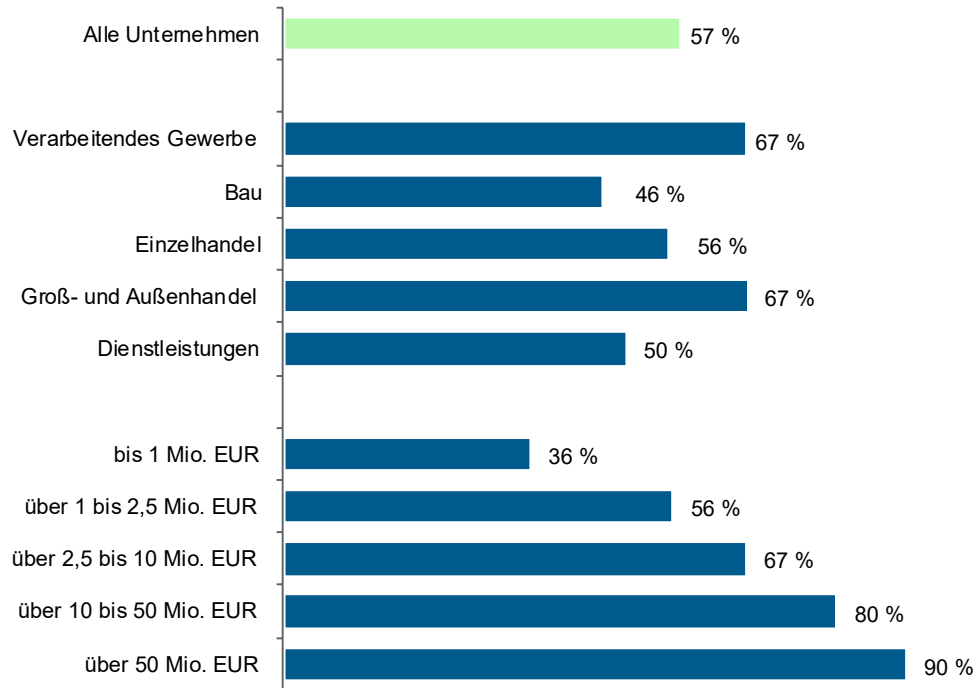
Investitionen schaffen die Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und Wohlstand, indem sie die Produktionskapazitäten erhöhen oder modernisieren – doch im deutschen Unternehmenssektor herrscht seit Jahren eine hartnäckige Investitionszurückhaltung. Von 2019 bis 2025 sind die Unternehmensinvestitionen preisbereinigt um rund 8 % zurückgegangen. Auch in einer langfristigen Betrachtung sind die Unternehmensinvestitionen derzeit bemerkenswert schwach: Im Durchschnitt der letzten vier Quartale beliefen sie sich nur auf 11,0 % des Bruttoinlandsprodukts, was so niedrig ist wie bisher nur während der globalen Finanzkrise im Jahr 2009.¹⁷

Frühindikatoren für die weitere Investitionsentwicklung sind schon vor dem Angriff auf den Iran nur durchwachsen ausgefallen und haben sich durch den Krieg am Golf weiter eingetrübt. Mit einer deutlichen Belebung der Investitionstätigkeit im Unternehmenssektor ist für 2026 also nicht zu rechnen.

Dabei sind die Investitionsbedarfe dringender denn je: die deutsche Wirtschaft steht vor gewaltigen Aufgaben, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und auszubauen und die digitale und klimaneutrale Transformation anzugehen. Die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung, hohe Kosten für Energie und Löhne sowie die Bürokratiebelastung und der Fachkräftemangel gehören laut Unternehmensbefragungen derzeit jedoch zu den größten Investitionshemmnissen.¹⁸ Dies zeigen auch die Ergebnisse der diesjährigen Befragung.

Die Investitionstätigkeit liegt deutlich unter dem Niveau früherer Krisenjahre

Unternehmen mit Investitionsprojekten in den vergangenen zwölf Monaten (Anteile in Prozent)



Trotz des schwierigen konjunkturellen Umfelds haben mit rund 57 % etwas mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen Investitionen im vergangenen Jahr getätigt. Gegenüber der letztmaligen Erhebung dieser Angaben im Jahr 2021 (bezogen auf das Investitionsjahr 2020) entspricht dies jedoch einem Rückgang um 9 Prozentpunkte.¹⁹ Der aktuelle Wert liegt zudem auch deutlich unter dem Niveau des Krisenjahres 2009 (68 %).²⁰ Dies signalisiert eine spürbare Investitionszurückhaltung, die über die früherer Rezessionsphasen hinausgeht.

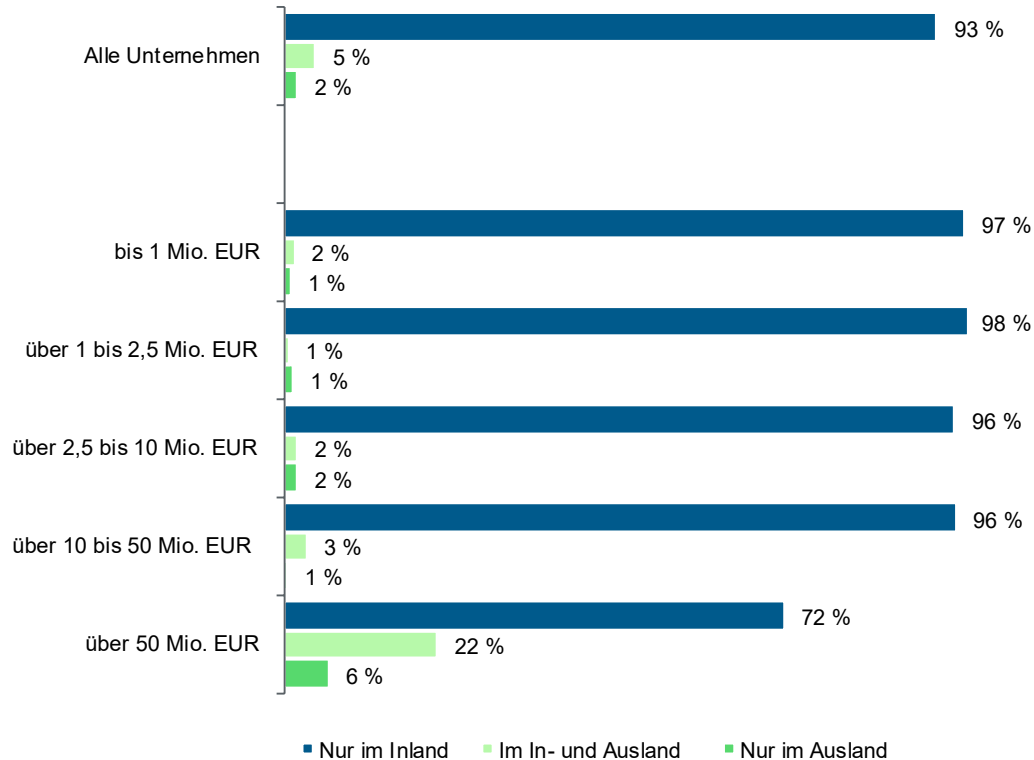
Am investitionsaktivsten waren das Verarbeitende Gewerbe sowie der Groß- und Außenhandel: In beiden Branchen haben jeweils mehr als zwei Drittel der Unternehmen in den vergangenen zwölf Monaten investiert (je 67 %). Mit Abstand am zurückhaltendsten zeigte sich das Baugewerbe, in dem lediglich 46 % der Befragten von Investitionstätigkeit berichteten.

Auch im Handwerk blieb die Investitionsneigung hinter dem Durchschnitt zurück: Nur rund jedes zweite Unternehmen (50 %) hat im vergangenen Jahr investiert.

Der Blick auf die Größenklassen bestätigt eine klare positive Korrelation zwischen Unternehmensgröße und Investitionsaktivität. Im Segment der Kleinstunternehmen mit bis zu 1 Mio. EUR Jahresumsatz tätigte nur rund jedes dritte Unternehmen Investitionen (36 %), während im Segment der großen Unternehmen mit mehr als 50 Mio. EUR Umsatz 90 % investierten.

Investitionen wurden vor allem im Inland getätigt

Wo wurden Investitionen getätigt? (Anteile in Prozent)

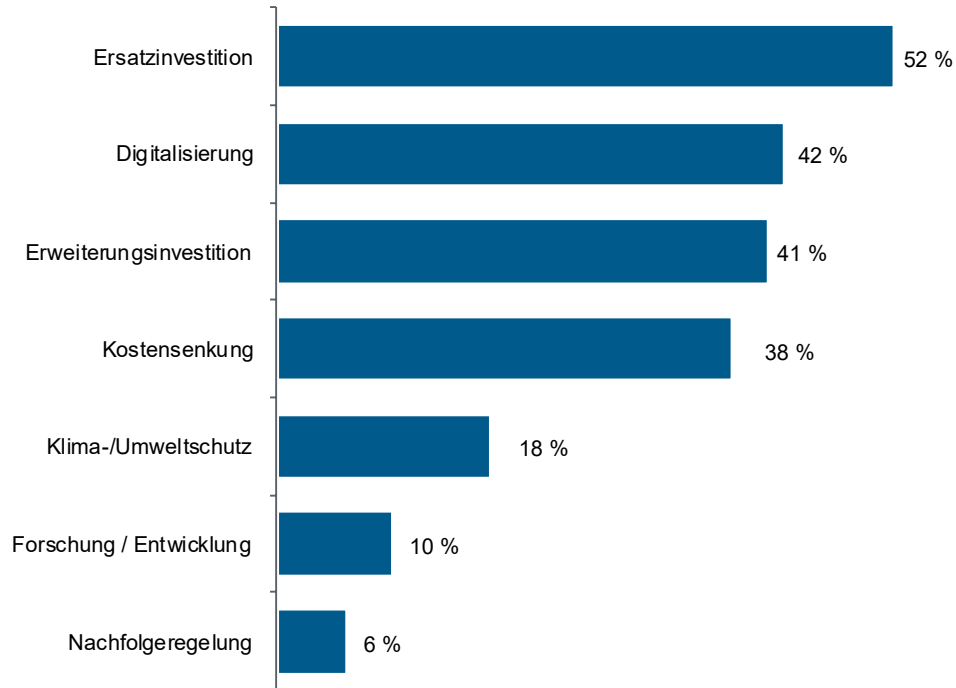


Trotz der zunehmenden Sorge vor einer Verlagerung von Investitionen ins Ausland bleibt dies im Großteil der kleinen und mittleren Unternehmen weiterhin die Ausnahme. 93 % aller befragten Unternehmen mit Investitionen haben im vergangenen Jahr ausschließlich in Deutschland investiert. Rund 5 % tätigten Investitionen sowohl im In- als auch im Ausland, lediglich 2 % investierten ausschließlich im Ausland. Insgesamt deutet dies darauf hin, dass der Investitionsschwerpunkt klar im Inland verbleibt.

Anders stellt sich das Bild im Größensegment mit mehr als 50 Mio. EUR Jahresumsatz dar. In dieser Gruppe hat mehr als jedes fünfte Unternehmen (22 %) sowohl im Inland als auch im Ausland investiert, weitere 6 % sogar ausschließlich im Ausland. Bei großen Unternehmen spielt das Ausland als Investitionsstandort klassischerweise eine wichtigere Rolle, was mit der stärkeren internationalen Ausrichtung und Standortdiversifikation dieser Unternehmen zusammenhängt. Aber auch in diesem Größensegment hat der Standort Deutschland hinsichtlich Investitionen (noch) eine dominierende Bedeutung.

Investitionen dienen vor allem dem Erhalt des Kapitalstocks – Digitalisierung auf dem zweiten Platz

Hauptziele der Investitionen (Anteile in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



Ersatzinvestitionen stehen derzeit – wie auch schon in früheren Erhebungen – im Vordergrund der Investitionstätigkeit: 52 % der Unternehmen, die Investitionen getätigt haben, geben an, vor allem in den Erhalt bzw. die Erneuerung ihres bestehenden Kapitalstocks investiert zu haben. Damit dominierte klar das Ziel, vorhandene Anlagen, Maschinen oder technische Infrastruktur funktionsfähig zu halten, während wachstumsorientierte Motive etwas nachgeordnet waren.

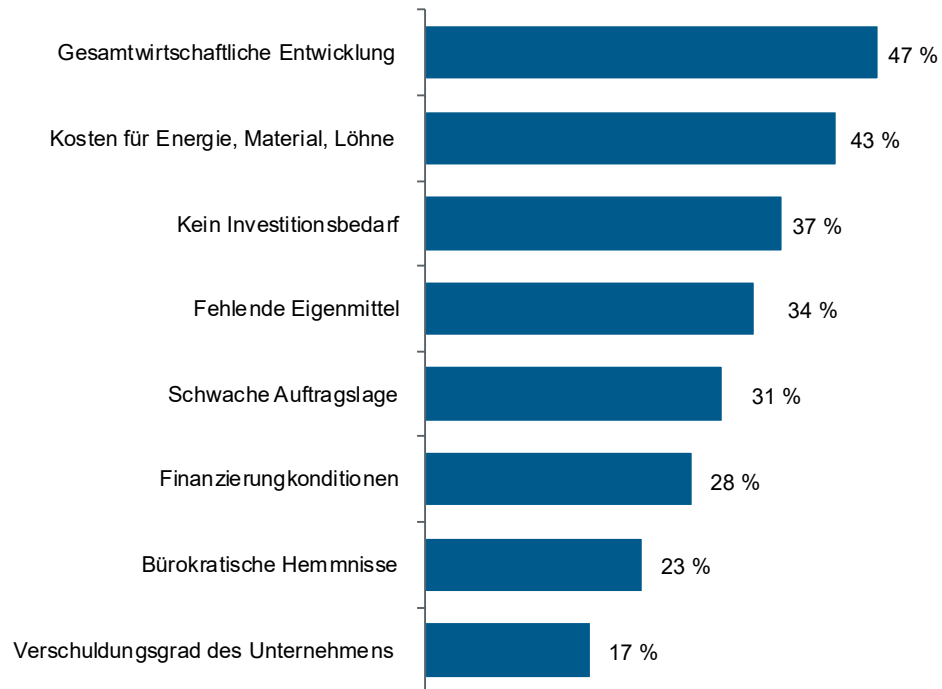
An zweiter Stelle folgt mit 42 % die Digitalisierung. Ein erheblicher Teil der Unternehmen nutzte Investitionen, um Prozesse zu digitalisieren, IT-Systeme zu modernisieren oder digitale Geschäftsmodelle auszubauen. Fast ebenso häufig werden Erweiterungsinvestitionen (41 %) genannt, die auf Kapazitätsaufbau und Wachstum zielen. Kostensenkung etwa durch Effizienzsteigerungen, Automatisierung o. ä. war für 38 % der Unternehmen ein wichtiges Investitionsmotiv.

Investitionen in Klima- und Umweltschutz verfolgten 18 % der Unternehmen; Nachhaltigkeitsziele sind damit relevant, aber nicht treibende Kraft der Investitionstätigkeit im gesamten Unternehmenssektor. Forschung und Entwicklung (10 %) sowie Investitionen im Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge (6 %) wurden vergleichsweise selten als primäres Ziel genannt.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen hielten Unternehmen von Investitionen ab

Gründe, warum nicht investiert wurde

(Anteile in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



Unternehmen, die im vergangenen Jahr nicht investiert haben, führen dies vor allem auf das makroökonomische Umfeld zurück. Für 47 % war die unsichere gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Hauptgrund, Investitionen aufzuschieben oder ganz zu unterlassen. Hinzu kamen für 43 % stark gestiegene Kosten – insbesondere für Energie, Material und Löhne –, die die Spielräume für Investitionsprojekte zusätzlich einengten.

37 % der Unternehmen gaben an, in den vergangenen zwölf Monaten keinen unmittelbaren Investitionsbedarf gehabt zu haben. Gleichzeitig machten jedoch auch finanzielle Restriktionen einen erheblichen Teil der Investitionszurückhaltung aus: 34 % der Unternehmen nennen fehlende Eigenmittel, 31 % eine schwache Auftragslage und 28 % ungünstige Finanzierungsbedingungen als Hemmnis.

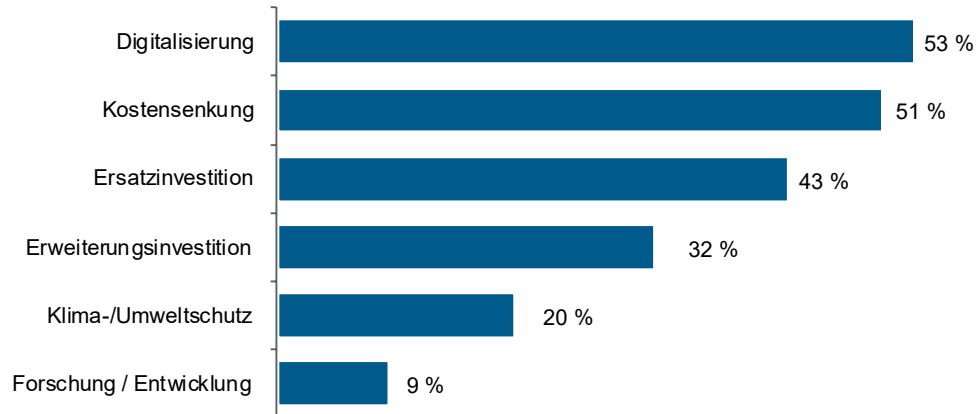
Für 23 % wirkten zudem bürokratische Anforderungen bremsend. Der bestehende Verschuldungsgrad stellt für 17 % der Unternehmen eine weitere Hürde dar. Insgesamt zeigt sich damit ein Bündel aus konjunktureller Unsicherheit, Kosten- und Finanzierungsengpässen, welches Investitionen spürbar dämpft.

Unternehmen sehen vielfältige Investitionsbedarfe

Unternehmen mit Investitionsbedarfen (Anteile in Prozent)



In welchen Bereichen sehen Unternehmen die größten Investitionsbedarfe? (Anteile in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



Die Investitionstätigkeit im Unternehmenssektor muss anziehen, denn die Bedarfe sind groß. Mit 92 % gab der ganz überwiegende Teil der befragten Unternehmen an, grundsätzlich Investitionsbedarfe zu haben. Am häufigsten sehen die Unternehmen Investitionsbedarfe im Bereich Digitalisierung (53 %). Damit bestätigt sich die bereits beobachtete hohe Bedeutung der digitalen Transformation (Seite 31).

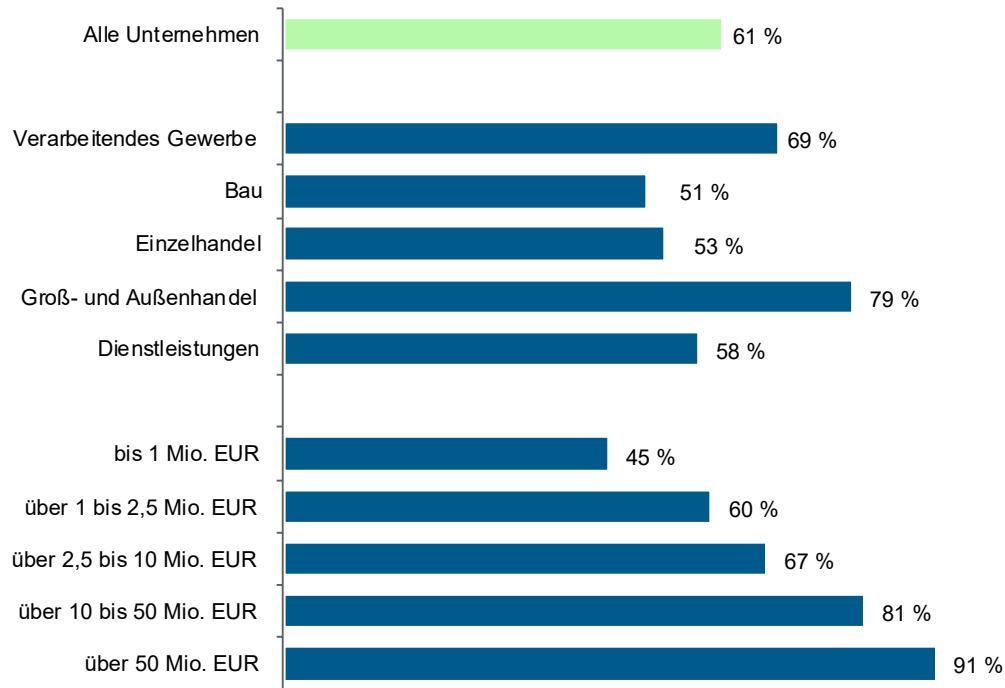
Ebenfalls sehr hoch ist der wahrgenommene Bedarf an investitionsgetriebenen Kostensenkungen (51 %). Auch vor dem Hintergrund des wieder anziehenden Preisniveaus sehen viele Unternehmen weitere Notwendigkeit ihre Kostenbasis zu reduzieren.

Auf dem dritten Platz folgt der Bedarf für Ersatzinvestitionen (43 %): Ein erheblicher Teil des Kapitalstocks scheint aus Sicht der Unternehmen erneuerungsbedürftig, um Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Erweiterungsinvestitionen werden von 32 % als vorrangiger künftiger Bedarf genannt und spiegeln eine nur moderate Wachstumserwartung wider.

Investitionen in Klima- und Umweltschutz werden von einem Fünftel der Unternehmen (20 %) als besonders dringlich eingeschätzt. Nachhaltigkeitsinvestitionen spielen damit auch weiterhin zwar eine relevante, aber nicht dominierende Rolle. Deutlich seltener werden Forschung und Entwicklung (9 %) als Bereich mit hohem Investitionsbedarf genannt, was auf eine nach wie vor eher verhaltene Innovationsorientierung im breiten Unternehmenssektor hinweist.

Auch in den kommenden Monaten ist mit keinen Investitionsboom zu rechnen

Unternehmen mit Investitionsplänen in den kommenden 12 Monaten (Anteile in Prozent)



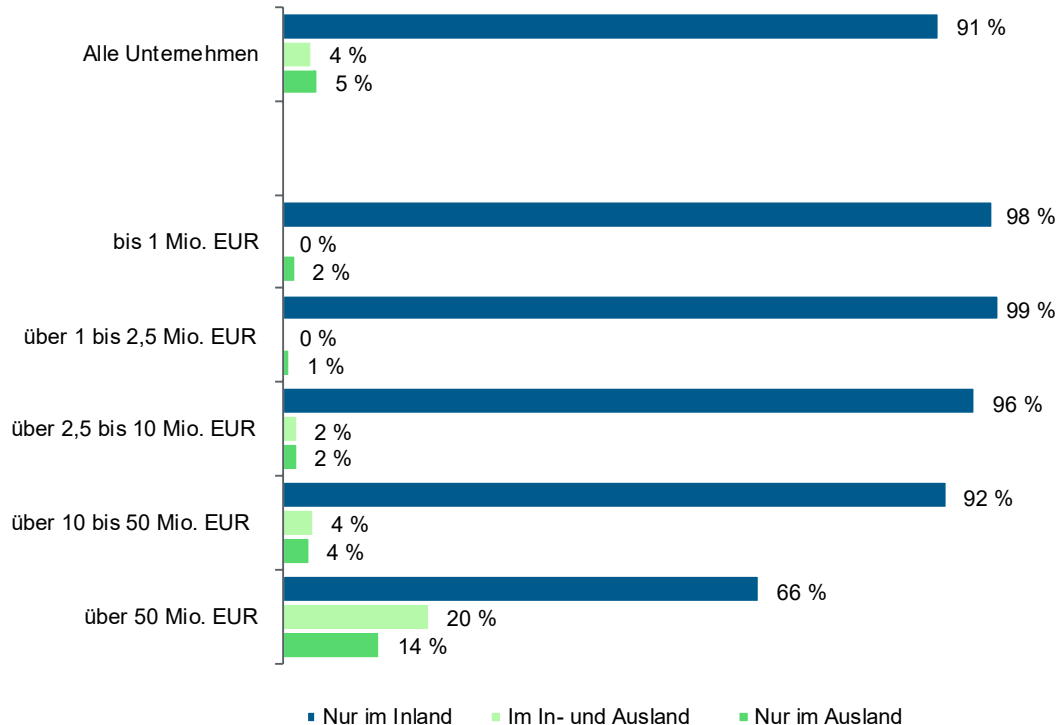
Rund 61 % der Unternehmen planen, in den kommenden zwölf Monaten Investitionsprojekte durchzuführen. Damit signalisiert die Mehrheit trotz des herausfordernden Umfelds zwar eine grundsätzlich vorhandene Investitionsbereitschaft, der Anteil ist jedoch vergleichbar mit dem Investorenanteil in den vergangenen zwölf Monaten. Eine spürbare Aufbruchsstimmung ist somit nicht sichtbar.

Zwischen den Branchen zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede. Besonders investitionsaktiv präsentieren sich der Groß- und Außenhandel (79 %) sowie das Verarbeitende Gewerbe (69 %). Im Dienstleistungssektor planen nur 58 % der Unternehmen Investitionen und liegen damit leicht unter dem Durchschnitt. Deutlich zurückhaltender sind Bauwirtschaft, Einzelhandel und auch das Handwerk: Hier wollen jeweils nur etwa die Hälfte der Unternehmen investieren (Bau: 51 %, Einzelhandel und Handwerk: jeweils 53 %). Dies deutet auf eine anhaltend hohe Unsicherheit in diesen Bereichen hin.

Nach Größenklassen zeigt sich ein klarer Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Investitionsabsicht. Bei Kleinstunternehmen mit bis zu 1 Mio. EUR Jahresumsatz planen nur 45 % Investitionen. Mit zunehmender Unternehmensgröße steigt der Anteil deutlich an – von 60 % (über 1 bis 2,5 Mio. EUR) bis auf 91 % bei sehr großen Unternehmen (über 50 Mio. EUR Umsatz).

Bei den Investitionsplanungen der kommenden Monate spielt das Ausland für größere Unternehmen eine etwas wichtigere Rolle

Investitionspläne nach Ort (Anteile in Prozent)



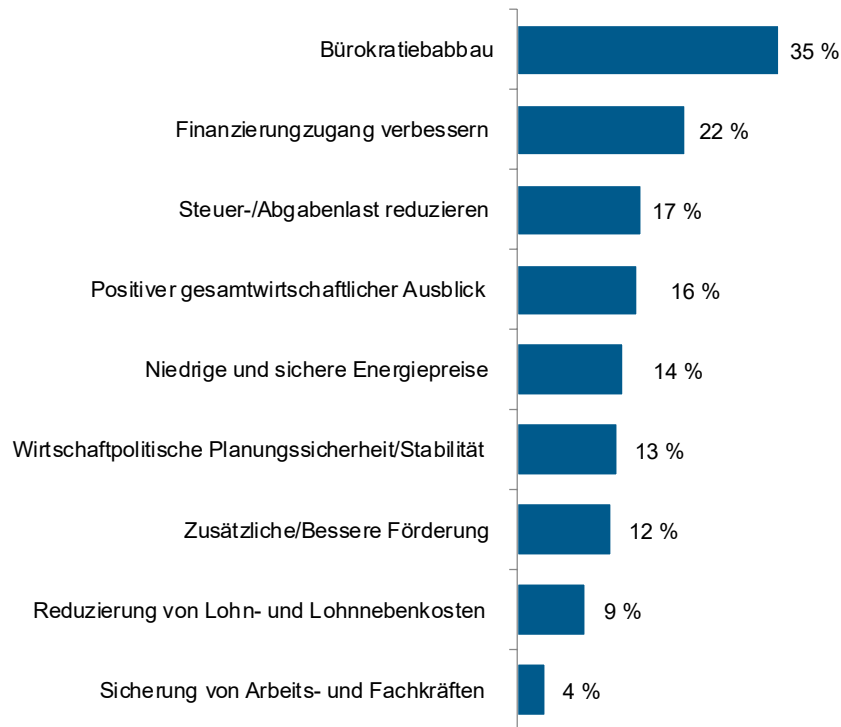
Auch mit Blick auf die kommenden zwölf Monate bleibt der Investitionsschwerpunkt klar im Inland. 91 % aller befragten Unternehmen planen, ausschließlich in Deutschland zu investieren; lediglich 4 % beabsichtigen Investitionen sowohl im In- als auch im Ausland und 5 % ausschließlich im Ausland. Eine breit angelegte Verlagerung von Investitionstätigkeit ins Ausland ist damit weiterhin nicht erkennbar, auch wenn der Anteil geplanter Auslandsinvestitionen gegenüber der Vergangenheit leicht erhöht ist (+2 Prozentpunkte).

Eine differenzierte Betrachtung zeigt aber deutliche Unterschiede zwischen den Größenklassen: In der Umsatzklasse über 50 Mio. EUR plant nur rund zwei Drittel der Unternehmen ausschließlich im Inland zu investieren, während etwa ein Fünftel Investitionen sowohl im In- als auch im Ausland und ein nennenswerter Anteil von 14 % ausschließlich im Ausland vorsieht. Würden diese Pläne umgesetzt, läge der Anteil der Unternehmen mit Auslandsinvestitionen in diesem Segment um rund 6 Prozentpunkte höher als in den vergangenen zwölf Monaten (34 gegenüber 28 %). Erfahrungsgemäß wird jedoch nur ein Teil der Planungen umgesetzt, daher lässt sich aus den Zahlen kein Trend ableiten.

Demgegenüber fokussieren kleinere und mittlere Unternehmen ihre Investitionspläne fast vollständig auf den Standort Deutschland: In den Umsatzklassen bis 10 Mio. EUR beabsichtigt die überwiegende Mehrheit nur im Inland zu investieren. Insgesamt bestätigt sich damit das Muster, dass Auslandsinvestitionen vor allem ein Thema großer, stark internationalisierter Unternehmen sind, während kleine und mittlere Unternehmen ihre Investitionstätigkeit weiterhin vornehmlich im Inland konzentrieren.

Unternehmen brauchen für Investitionen bessere Rahmenbedingungen

Welche Rahmenbedingungen wünschen sich die Unternehmen (Anteile in Prozent, Freitextfeldfrage - Mehrfachnennungen möglich)



In der diesjährigen Befragung wurden die Unternehmen gebeten, die Rahmenbedingungen zu beschreiben, die sie brauchen, um (mehr) Investitionen tätigen zu können. Die Ergebnisse zeigen eine breite Palette an Themen, bei denen sich die Unternehmen Verbesserungen wünschen.

An erster Stelle steht für die Befragten der Wunsch nach Bürokratieabbau (35 %): Gefordert werden schlankere und schnellere Genehmigungsverfahren, weniger Auflagen sowie reduzierte Dokumentationspflichten. Eine weitere zentrale Voraussetzung sind für viele Unternehmen verbesserte Finanzierungsbedingungen (22 %), d. h. günstigere Konditionen, schnellerer Zugang zu Krediten und mehr Risikobereitschaft der Banken.

Ergänzend wünschen sich 17 % der Unternehmen eine Entlastung bei Steuern und Abgaben, um finanzielle Spielräume für Investitionen zu vergrößern. Ähnlich viele Unternehmen (16 %) nennen eine verlässlichere Auftragslage sowie eine robustere gesamtwirtschaftliche Entwicklung als wichtige Voraussetzung für Investitionen. 14 % der Befragten betonen die Bedeutung niedrigerer bzw. planbarer Energiepreise.

Zudem wird mehr Planungssicherheit eingefordert (13 %): Unternehmen wünschen sich stabile, berechenbare politische und rechtliche Rahmenbedingungen ohne häufige Kurswechsel, um langfristige Projekte angehen zu können. Rund jedes achte Unternehmen verweist auf den Bedarf an besser zugänglichen, weniger bürokratischen Förderprogrammen und Investitionsanreizen (12 %), insbesondere für KMU und Neugründungen.

Etwa 9 % der befragten Unternehmen wünschen sich niedrigere Lohn- und Lohnnebenkosten sowie einen flexibleren arbeitsrechtlichen Rahmen. Deutlich seltener wurde von den Unternehmen die Sicherung von Arbeits- bzw. Fachkräften sowie bessere Ausbildung als primäre Voraussetzung für ihre Investitionstätigkeit genannt.

Literatur (1)

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2026a): Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2 % gewachsen. Wirtschaftsleistung in Deutschland nimmt nach zwei Rezessionsjahren wieder leicht zu, Pressemitteilung Nr. 017 vom 15. Januar 2026.

² Vgl. Statistisches Bundesamt (2026b): Bruttoinlandsprodukt: Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 1. Quartal 2026. Wirtschaftsleistung um 0,3 % höher als im Vorquartal, Pressemitteilung Nr. 173 vom 22. Mai 2026.

³ Vgl. Wanke, S., Schoenwald, S., Körner, J. und P. Scheuermeyer (2026): KfW-Konjunkturkompass Mai 2026: Iran-Krieg dämpft die Wachstumsaussichten, KfW Research.

⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank (2025): Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2024, Dezember 2025.

⁵ Vgl. Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2025): KfW-Mittelstandspanel 2025: Stetiger Kurs, aber Gegenwind voraus: Mittelstand stabil im Rezessionsjahr, Handelskonflikte am Horizont, KfW Research.

⁶ Vgl. Gerstenberger, J. und A. Bauer (2024): Unternehmensbefragung 2024: Finanzierungsklima aktuell eingetrübt – Nachhaltigkeit gewinnt weiter an Bedeutung, KfW Research.

⁷ Vgl. Körner, J. (2026): KfW-Kreditmarktausblick April 2026: Unsicherheit und Energiepreisschock bremsen die Kreditbelegung, KfW Research.

⁸ Vgl. Schoenwald, S. (2026): KfW-ifo-Kredithürde Q1 2026: Kaum Entspannung beim Kreditzugang, KfW Research.

⁹ Vgl. Deutsche Bundesbank (2026): April-Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) in Deutschland. Kreditrichtlinien für Unternehmen weiter gestrafft, Pressenotiz vom 28.04.2026.

¹⁰ Vgl. Kleine Unternehmen stellen – ähnlich wie junge Unternehmen – per se ein höheres Risiko für externe Geldgeber dar. Hinzu kommt, dass sie aus Sicht der Financiers häufig eher geringe Finanzierungsvolumina nachfragen, sodass – für einen potenziellen Geldgeber – ein eher ungünstiges Verhältnis aus Transaktionskosten zum Ertrag entsteht. Darüber hinaus verfügen kleine Unternehmen lediglich über begrenzte materielle Vermögenswerte, die sie zur Besicherung von Krediten einsetzen können. Als Konsequenz fällt ihnen der Kreditzugang schwerer als anderen Unternehmen. Vgl. Müller, S. und J. Stegmaier (2015): Economic failure and the role of plant age and size. First evidence from German administrative data, *Small Business Economics* 44(3), S. 621–638.

¹¹ Vgl. u. a. Zimmermann, V. (2016): Unternehmensbefragung 2016: Finanzierungsklima stabil auf Allzeithoch – Finanzierungsanlass entscheidet über Kreditzugang, KfW Research.

¹² Vgl. Abel-Koch, J. (2022): Unternehmensbefragung 2022: Finanzierungsklima erholt sich von der Corona-Krise – Nachhaltigkeit gewinnt an Bedeutung, KfW Research.

¹³ Vgl. Bundesregierung (2026): [Agenda 2030: Unsere Nachhaltigkeitsziele | Bundesregierung](#).

¹⁴ Vgl. Verordnung (EU) 2020/852

¹⁵ Vgl. Richtlinie (EU) 2022/2464

Literatur (2)

- ¹⁶ Entsprechende Vorgaben wurden in der 7. Novelle MaRisk) von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) konkretisiert.
- ¹⁷ Vgl. Scheuermeyer, P. (2026): KfW Research Chartbook: Investitionsmonitor Deutschland – Frühjahr 2026, KfW Research.
- ¹⁸ Vgl. Schwartz, M. (2026): Impulse für Investitionen im Mittelstand gesucht, Volkswirtschaft Kompakt Nr. 258, KfW Research.
- ¹⁹ Vgl. Gerstenberger, J. (2021): Unternehmensbefragung 2021: Corona-Krise belastet Unternehmen – Finanzierungsklima trübt sich ein, KfW Research.
- ²⁰ Vgl. Bauer, A. und V. Zimmermann (2010): Unternehmensbefragung 2010: Unternehmensfinanzierung: Anhaltende Schwierigkeiten und Risiken für die wirtschaftliche Erholung, KfW Research.

Struktur des Samples (1)

An der diesjährigen Befragung nahmen 19 Verbände teil. Die Unternehmen wurden dabei ausschließlich über ein Online-Fragebogen befragt. Der auswertbare Rücklauf betrug dieses Jahr – nach Ausscheiden von 13 als Duplikate identifizierten Fragebögen – 1.567 Unternehmen. Durch fehlende Angaben (z. B. Einzelantwortverweigerungen oder wenn Fragen auf bestimmte Unternehmen nicht zutreffen) kann sich die Zahl bei einzelnen Fragen weiter reduzieren.

Die Anteile einer bestimmten Umsatzgrößenklasse oder eines bestimmten Wirtschaftszweigs am Sample spiegeln nicht notwendigerweise die Anteile aller Unternehmen dieser Größenordnung oder dieses Wirtschaftszweigs an der gesamten Volkswirtschaft wider. Eine entsprechende Korrektur wird nicht vorgenommen.

Die folgenden Tabellen geben die Struktur des Samples wieder. Die Kategorien "Sonstige", "Andere" usw. werden in der Untersuchung nicht gesondert ausgewiesen.

Struktur des Samples nach Wirtschaftszweigen

	Anteil in Prozent
Verarbeitendes Gewerbe	37,8
Bau	22,2
Einzelhandel	9,1
Groß- und Außenhandel	4,9
Dienstleistungen	24,9
Andere	1,2

Struktur des Samples nach Umsatzgrößenklassen

	Anteil in Prozent
Bis 1 Mio. EUR	38,0
Über 1 bis 2,5 Mio. EUR	17,4
Über 2,5 bis 10 Mio. EUR	20,6
Über 10 bis 50 Mio. EUR	15,4
Über 50 Mio. EUR	8,6

Struktur des Samples (2)

Struktur des Samples nach Zugehörigkeit zum Handwerk

	Anteil in Prozent
Handwerk	56,6
Kein Handwerk	43,4

Struktur des Samples nach Unternehmensalter

	Anteil in Prozent
Junges Unternehmen	6,5
Älter als 5 Jahre alt	93,5

Struktur des Samples nach Region des Unternehmenssitzes

	Anteil in Prozent
West	71,9
Ost	28,1

Struktur des Samples nach Rechtsform

	Anteil in Prozent
Einzelunternehmen	34,1
Personengesellschaft	20,2
GmbH	42,9
AG	1,5
Andere	1,2

Struktur des Samples nach Hauptbankverbindung

	Anteil in Prozent
Privatbank	28,9
Sparkasse	57,8
Genossenschaftsbank	46,4
Andere	2,6

Erläuterungen zur Methodik (1)

Die Untersuchungsergebnisse werden meist in Form von Häufigkeiten präsentiert. Jedoch wurden die Ergebnisse mithilfe von Regressionsanalysen überprüft. Dabei kamen zumeist Probit- oder Logit-Modelle mit Umsatz, Wirtschaftszweig, Region, Rechtsform, Hauptbankverbindung, Handwerkszugehörigkeit und Altersklasse als erklärende Variable zum Einsatz.

Auf die Hochrechnung der Ergebnisse – etwa auf die Randverteilung der Umsatzsteuerstatistik – wird verzichtet. Für den Verzicht sprechen folgende Argumente: Die Unternehmensbefragung ist aufgrund des Befragungswegs keine echte Zufallsstichprobe. Da es sich auch um keine geschichtete Stichprobe handelt und kleine Unternehmen deshalb eine vergleichsweise kleine Gruppe in der Stichprobe bilden, bekäme ein kleines Unternehmen einen sehr großen Hochrechnungsfaktor, was die Auswertungen anfällig für Ausreißer macht. Außerdem werden die Ergebnisse in der Regel nicht für den Gesamtdatensatz interpretiert, sondern auf die Größenklassen, Wirtschaftszweige usw. heruntergebrochen.

Vergleiche mit den Ergebnissen der zurückliegenden Befragungen ermöglichen das Aufzeigen von Entwicklungen im Zeitablauf und damit eine bessere Einordnung der Ergebnisse. Hierbei ist zu beachten, dass sich die Zusammensetzung der einzelnen Stichproben zwischen den Befragungen teilweise unterscheidet. Einfache, deskriptive Vergleiche der Befragungsergebnisse verschiedener Erhebungswellen können deshalb irreführend sein. So kann bei einfachen Vergleichen zwischen einzelnen Erhebungs-

wellen nicht unterschieden werden, ob eine beobachtete Veränderung im Antwortverhalten auf die unterschiedliche Struktur der antwortenden Unternehmen oder auf eine tatsächliche Verhaltens- bzw. Wahrnehmungsveränderung bei den Unternehmen zurückzuführen ist.

Um dennoch solche Vergleiche zu ermöglichen, werden in diesem Bericht zwei Methoden angewandt.

Methode I: Bei Vergleichen ausschließlich mit einer Vorbefragung wird deren Zusammensetzung nach Umsatzklasse und Branche mithilfe von Gewichten so korrigiert, dass Strukturveränderungen herausgerechnet werden. Auf diese Weise kann simuliert werden, wie das Antwortverhalten in der Vorerhebung ausgefallen wäre, wenn dieselbe Struktur bezüglich der Umsatzgrößen- und Branchenverteilung im Datensatz vorgelegen hätte, wie in der aktuellen Erhebung. Der Vorteil dieser Methode ist, dass die Veränderungen im Antwortverhalten anhand der Häufigkeiten, mit der eine Frage beantwortet wurde, veranschaulicht werden können.

Erläuterungen zur Methodik (2)

Methode II: Bei Vergleichen über mehrere Wellen ist diese Methode nicht gangbar. Stattdessen wird zunächst der Einfluss der unterschiedlichen Teilnehmerstruktur in den einzelnen Erhebungen auf das Befragungsergebnis mithilfe einer multivariaten Analyse ermittelt und von der Veränderung des Antwortverhaltens im Zeitablauf – bei einer simulierten unveränderten Stichprobenszusammensetzung – getrennt.

Dazu werden die Merkmale Umsatzgröße, Alter, Wirtschaftszweigungehörigkeit, Rechtsform, Region des Unternehmenssitzes, Art des Kreditinstituts, bei der das Unternehmen seine Hauptbankverbindung unterhält sowie die Zugehörigkeit zum jeweiligen Wirtschaftsverband in die Untersuchung einbezogen. Die Veränderung des Antwortverhaltens im Zeitablauf wird durch die Aufnahme von Dummyvariablen erfasst, die den Zeitpunkt der Befragung wiedergeben. Die Analyse wird mithilfe von Probit- oder multinominalen Probit-Modellen durchgeführt.

Die Veränderungen des Antwortverhaltens im Zeitablauf werden dann mithilfe von Modellrechnungen für ein exemplarisches Unternehmen dargestellt. Ergebnis dieser Modellrechnungen sind Wahrscheinlichkeiten, mit denen ein für die Erhebung typisches Unternehmen eine bestimmte Antwort gibt. Veränderungen im Antwortverhalten zwischen den Erhebungswellen werden somit anhand eines Vergleichs von Wahrscheinlichkeiten veranschaulicht. Da beide Methoden auf unterschiedlichen Ansätzen basieren können sich die Ergebnisse beider Methoden geringfügig unterscheiden.

Liste der teilnehmenden Verbände

AGA Norddeutscher Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung e.V.

Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V.

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Bundesverband Druck und Medien e.V. (BVDM)

Bundesverband mittelständische Wirtschaft –
Unternehmerverband Deutschlands e.V. (BVMW)

Bundesverband Großhandel, Außenhandel,
Dienstleistungen e.V. (BGA)

Die Papierindustrie e.V.

Handelsverband Deutschland e.V. (HDE)

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. (HDB)

Union Mittelständischer Unternehmen e.V. (UMU)

Unternehmer Baden-Württemberg e. V. (UBW)

Verband der Automobilindustrie e.V. (VDA)

Verband der Wirtschaft Thüringens e.V. (VWT)

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (VBW)

Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und
Brandenburg e.V. (UVB)

Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V. (WSM)

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V. (ZDB)

Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH)

Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V.
(ZVEI)

Impressum

Herausgeber

KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944
www.kfw.de

Autoren

Dr. Juliane Gerstenberger
Telefon +49 69 7431-4420
Albrecht Bauer
Telefon +49 69 7431-3146

Disclaimer

Dieses Papier gibt die Meinung der Autoren wieder und repräsentiert nicht notwendigerweise die Position der KfW.
Sämtliche Research-Beiträge werden der Öffentlichkeit ausschließlich zu Informationszwecken zur Verfügung gestellt und geben lediglich die Einschätzung der KfW zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung wieder. Alle zu Grunde liegenden Angaben wurden sorgfältig recherchiert und gewissenhaft zusammengestellt. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden, sofern die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der KfW beruht. Darüber hinaus verweisen wir auf unseren allgemeinen Haftungsausschluss.